

Winfried Schneider-Deters

Ukrainische Schicksalsjahre 2013–2019 Band 1

Der Volksaufstand auf dem Majdan
im Winter 2013/2014



Berliner
Wissenschafts-Verlag

Vorwort

Die vorliegende Arbeit ist keine theoriegeleitete, eher eine narrative Analyse der Geschehnisse in den Jahren 2013 bis 2019 *in der – und um die – Ukraine*.¹ Sie schöpft aus wissenschaftlicher Literatur, aus offiziellen Dokumenten und amtlichen Veröffentlichungen und aus einer Vielfalt von aktuellen Nachrichten in gedruckten und digitalen Medien. (Die Aussagen über Ereignisse während des „Majdan“ beruhen auch auf eigenen Erlebnissen des Autors, der selbst vom Beginn des Volksaufstandes bis zu seinem Ende vor Ort war.) Es wurde nicht der Versuch gemacht, das empirische Material und seine Analyse in den geschlossenen theoretischen Rahmen konkurrierender Lehrmeinungen von Neorealisten, Neoinstitutionalisten, Liberalen und Sozialen Konstruktivisten etc. auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen zu zwingen. Die Arbeit ist auch nicht rein chronologisch; die zeitliche Abfolge wird häufig thematisch unterbrochen.

Der Autor unterstellt dem Leser² ein Minimum an Vorinformation durch seriöse Medien. Ein ausführliches Inhaltsverzeichnis und zahlreiche Querverweise ermöglichen die Benutzung des Buches als Nachschlagewerk. Zu diesem Zweck werden die Vollformen von Abkürzungen, die Übersetzungen von ukrainischen und russischen Begriffen u. ä. nicht nur beim ersten Mal ihres Auftretens angegeben, sondern im laufenden Text wiederholte Male.

Abriss des Inhalts

Die Jahre 2013 bis 2019 (insbesondere die Jahre 2013, 2014 und 2015) waren für die Ukraine „schicksalhaft“ und fast von gleichrangiger Bedeutung wie die Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit im Jahre 1991; denn in diesen Jahren drohte sie ihre Unabhängigkeit, die ihr kampfflos durch die Auflösung der Sowjetunion in den Schoß gefallen war, wieder zu verlieren.

Ein anfangs friedlicher, am Ende blutiger Volksaufstand – der „Majdan“ – stürzte das kleptokratische Regime des Präsidenten Viktor Janukowytsch; hätte es fortbestanden, wäre die Ukraine wieder unter die Kuratel Moskaus geraten. Nach dem „Majdan“ drohte der Ukraine eine Spaltung durch eine von Moskau angestiftete und gesteuerte secessionistische Bewegung der mehrheitlich russischsprachigen urbanen Bevölkerung im Osten und Süden des Landes. In einem völkerrechtswidrigen, militärisch abgesicherten „Coup“ annektierte die Russländische Föderation die (bis dato) „Autonome Republik Krim“, deren Zugehörigkeit zur Ukraine sowohl international als auch bilateral (d.h. zwischen der Ukraine und Russländischen Föderation) rechtlich verbrieft ist. Das von dem gescheiterten Sezessionsprojekt

- 1 In seiner zeitlichen Dimension ist sie die Fortsetzung des im Jahre 2012 erschienenen Buches des Autors: *Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union*, Berlin (Berliner Wissenschafts-Verlag) 2012.
- 2 Um den Lesefluss zu erleichtern, verzichtet der Autor auf „geschlechtergerechte“ Doppelnennungen und auf den „gender-gap“, das große „I“, das „Gender-Sternchen“ (*) etc. dort, wo das Geschlecht (Sexus) irrelevant ist, und verwendet das generische Maskulinum.

„Neurussland“ („Novaja Rossija“) übrig gebliebene Sezessionsterritorium der beiden international – und selbst von Moskau – nicht anerkannten „Volksrepubliken“ auf dem Gebiet des ukrainischen Kohlereviers „Donbass“ (ukr.: „Donbas“), die „Donezker Volksrepublik“ („Doneckaja [Donec]kaja Narodnaja Republika“ / „DNR“) und die „Lugansker Volksrepublik“ („Luganskaja Narodnaja Republika“ / „LNR“) hat sich durch totale Russifizierung de facto in eine Exklave der Russländischen Föderation verwandelt, die wie eine Besatzungszone mit einheimischen Kollaborateuren verwaltet wird. Im Donbass führt die Russländische Föderation zusammen mit einheimischen Auxiliärtruppen einen nicht erklärten Krieg gegen die ukrainische Armee. Die hybride Aggression der Russländischen Föderation im ukrainischen Donbass inszeniert das moderne Drehbuch „Vom hybriden Krieg“ des Generalstabschefs der russländischen Streitkräfte, Valerij Vasil’evič Gerasimov.

Bis in die Gegenwart (2019) stand – und steht – die Ukraine am Rande eines regelrechten Krieges mit Russland. Die befürchtete militärische Invasion ist zwar bislang ausgeblieben; doch Moskaus Drohung mit Krieg („voennij faktor“) als Instrument seiner „Europa-Politik“ produziert in der Ukraine den beabsichtigten Effekt: eine permanente Kriegsangst.³

Die von Präsident Putin vorgebrachte Begründung für die militärische Unterstützung der Irredenta auf der Krim und für die angedrohte militärische Invasion der Ukraine, nämlich die angebliche Bedrohung der ethnisch russischen – und russischsprachigen ethnisch ukrainischen (!) – Bevölkerung in den östlichen und südlichen Landesteilen durch „faschistische Terroristen“ aus der Westukraine ist eine „Große Lüge“.⁴ Lev Gudkov, der Direktor des respektierten unabhängigen Meinungsforschungs-instituts „Levada Zentrums“ (Analitičeskij Centr Jurija Levady), sagte, in der ganzen post-sowjetischen Periode habe er nichts gesehen, was an Intensität und Aggressivität der Propaganda in den staatlich kontrollierten (russischen) Medien gleich komme.

Erzählt werden die eigentlichen „Schicksalsjahre“ von 2013 bis 2015 in zwei zusammenhängenden Bänden. Während sich der erste Band mit der Geschichte und den Hintergründen des Volksaufstands auf dem Majdan ab 2013 beschäftigt, widmet sich Band Zwei der russischen Annexion der Krim wie auch dem folgenden Krieg im Donbass. Thematische Extensionen reichen bis in das Jahr 2019 – und enden im ersten Quartal des Jahres 2020, in welchem der Ausbruch der Corona-Virus-Pandemie eine „natürliche“ Zäsur bildet.

- 3 In der Hauptstadt Kiew und in der Mitte des Landes fänden einmarschierende russische Soldaten keine Unterstützung in der Bevölkerung; in der Westukraine würde sich möglicherweise eine neue „UPA“ formieren, eine „Ukrainische Aufständische Armee“, die einen Partisanenkampf gegen eine russische Okkupation entfesseln würde. Die historische „UPA“ kämpfte im II. Weltkrieg gegen die Rote Armee (und gegen die deutsche Wehrmacht) – und bis 1954 gegen den NKWD. Ob sich im Osten und Süden der Ukraine genügend russischsprachige Ukrainer und ethnische Russen finden würden, die einer russischen Invasionsarmee den Schein einer „Schutztruppe“ verleihen könnten, ist keineswegs sicher – und eher unwahrscheinlich.
- 4 Hier passt die häufig zitierte Erkenntnis des Meisters der Lüge: „Wenn man eine große Lüge erzählt und sie oft genug wiederholt, dann werden die Leute sie am Ende glauben.“ Adolf Hitler: Mein Kampf, 10. Kapitel, Ursachen des Zusammenbruchs, S. 252. Zentralverlag der NSDAP, Frz. Eher Nachf., G. m. b. H., 851.–855. Auflage, München 1943.

Der vorliegende erste Band gliedert sich in drei Abschnitte: Von der offenen Konkurrenz zwischen der Europäischen Union und der Russländischen Föderation um die Integration der Ukraine ab 2013 in Teil Eins über den Volksaufstand auf dem Majdan gegen das Regime Janukowytsch im zweiten Teil bis hin zum folgenden parlamentarischen Machtwechsel in Teil Drei.

Im ersten Teil, „Brüssel und Moskau – Integrationskonkurrenz um die Ukraine“, wird die „Integrationskonkurrenz“ zwischen der Europäischen Union und der Russländischen Föderation um die Ukraine behandelt, die im Jahre 2013 offen ausbrach.⁵ Nach den zähen Verhandlungen über die Bedingungen der Europäischen Union für die Unterzeichnung des – bereits im ersten Halbjahr 2012 paraphierten – Assoziierungsabkommens vollzog der ukrainische Präsident Janukowytsch wenige Tage vor der geplanten Unterzeichnung im November 2013 in Vilnius – nach mehreren Geheimgesprächen mit dem russischen Präsidenten Putin – eine überraschende Kehrtwende. Präsident Janukowytsch ließ seinen Premierminister Mykola Azarov die Vorbereitungen der Unterzeichnungszeremonie anhalten.

Fast bis zuletzt hatte Präsident Janukowytsch selbst die „historische Entscheidung für Europa“ vertreten und die Parlamentsfraktion seiner russophilen „Partei der Regionen“ auf die Assoziierung mit der Europäischen Union eingeschworen – ob aus Überzeugung oder um sich seine Unabhängigkeit vom Kreml zu bewahren, ist nicht klar.

Der russische Präsident Putin hatte seinem ukrainischen Kollegen mit einem kurzfristigen Kredit in Höhe von 15 Milliarden US-Dollar „den Schneid abgekauft“ – und dessen Regierung vor dem befürchteten „default“ (default⁶), der internationalen Zahlungsunfähigkeit gerettet. Welche „Daumenschrauben“ der ehemalige Geheimdienst-Offizier Putin ihm insgeheim anlegte, wurde nicht bekannt. Der ukrainische Präsident Janukowytsch jedenfalls degradierte sich selbst zum Statthalter des russischen Präsidenten Putin in der Ukraine – und Russland schien in der Integrationskonkurrenz mit der Europäischen Union um die Ukraine gewonnen zu haben.

Die Ukraine war von der Europäischen Union – ungeachtet anderslautender rhetorischer Be-
teuerungen – praktisch vor die „strategische Wahl“ gestellt worden, zwischen europäischer und *eurasischer* Integration zu entscheiden. Von Seiten Brüssels war kein Versuch unternommen worden, Russlands legitimes ökonomisches Interesse an der Ukraine zu berücksichtigen – geschweige denn durch eine pan-europäische „Synthese“, konkret durch einen

- 5 Für eine detaillierte Beschreibung der „Ukraine-Politik“ der Europäischen Union und der „Euro-Integrationspolitik“ der Ukraine ab Mitte des Jahres 2012 bis Mitte des Jahres 2013 siehe: Winfried Schneider-Deeters: Die Ukraine im Zentrum jeder Osteuropapolitik, in: Erich Reiter (Hg.): Die strategische Lage im Osten der EU, Wien (Internationales Institut für Liberale Politik/IILP), Mai 2014, S. 35–72. Internet-Buch: <Die strategische Lage im Osten der EU.pdf>. Projekt: Die gestalterischen Möglichkeiten der EU, Österreichs und der ostmitteleuropäischen Staaten angesichts der strategischen Lage im Osten der EU. Internationales Institut für Liberale Politik/IILP; Direktion für Sicherheitspolitik des sicherheits- und verteidigungspolitischen Beratungorgans des Bundesministers für Landesverteidigung und Sport, des Generalstabschefs des Österreichischen Bundesheeres und anderen Dienststellen des Ministeriums.
- 6 Der englische Terminus ist als ein gängiges Fremdwort in die ukrainische (und russische) Sprache eingegangen.

gemeinsamen Freihandelsraum zwischen der Europäischen Union und der Russländischen Föderation bzw. Moskaus *eurasischen* Konstruktionen den Interessenkonflikt zu überwinden.

Kiew war im Jahre 2013 nicht nur den wirtschaftlichen Drohungen und Lockungen aus Moskau ausgesetzt, sondern auch den Vorbehalten bezüglich der Assoziierung der Ukraine seitens einiger EU-Mitgliedsländer – und zwar wegen der massiven demokratischen Defizite des Regimes Janukowytsch – namentlich auch wegen der „Causa Tymoschenko“; an diesem politischen Justizskandal drohte die Unterzeichnung seitens der Europäischen Union zu scheitern, d. h., auch die Europäische Union stand vor der historischen Entscheidung, „to sign or not to sign ...“. Es war fast bis zuletzt nicht die Frage, ob Präsident Janukowytsch das Assoziierungsabkommen in Vilnius unterzeichnen würde, sondern ob die Europäische Union dies tun würde. Die finale Phase „vor Vilnius“ war ein Assoziierungspoker zwischen Kiew und Brüssel.

Der „historische Gipfel“ am 29. November 2013 in Vilnius scheiterte dann aber an der Absage des ukrainischen Präsidenten Janukowytsch. Es war diese „Ermordung eines Traums“ (Mustafa Najjem) der ukrainischen Jugend, mit der Janukowytsch den „Euro-Majdan“ auslöste.

Der Protest gegen die „Abkehr von Europa“ wandelte sich schnell in einen Volksaufstand gegen das kleptokratische Regime des Präsidenten Janukowytsch – der anfängliche „Euro-Majdan“ in den „Majdan“ (Siehe Teil II).

Das Assoziierungsabkommen mit dem wirtschaftlichen „Deep and Comprehensive Free Trade Agreement“/„DCFTA“ wurde nach dem Sieg des „Majdan“ und nach der Flucht des Präsidenten Janukowytsch in Etappen unterzeichnet und ratifiziert.

Im zweiten Teil, „Der ‚Majdan‘ – der Volksaufstand gegen das kleptokratische Regime Janukowytsch“, wird die Entstehung und Entwicklung der „Majdan-Bewegung“ geschildert – und „bewertet“.⁷ Der anfangs friedliche „Majdan“ fand am 18. und 20. Februar 2014 ein blutiges Ende, als Scharfschützen gezielt auf – mit Sperrholzschildern und Holzknüppeln „bewaffnete“ – Straßenkämpfer schossen. Die schlüssige Aufklärung des Massakers scheiterte an der Unfähigkeit – oder Unwilligkeit? – der ukrainischen Ermittlungsbehörden.

Der (Euro-)Majdan begann am 21. November 2013 absolut friedlich; erst am 19. Januar 2014 brach, nach der Verhängung von „Notstandsgesetzen“, Gewalt aus. An diesem Tag gab es auch die ersten Todesopfer unter den Aufständischen. In der Nacht vom 30. November auf den 1. Dezember (2013) harrten etwa 300 jugendliche Demonstranten auf dem Majdan, auf dem Unabhängigkeitsplatz aus, auf dem am Tage eine große Protestdemonstration gegen die Nichtunterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union stattgefunden hatte. Die jungen Leute wurden in den nächtlichen Morgenstunden von der „Bereitschaftspolizei“, dem sogenannten „Berkut“ mit brutaler Gewalt zusammengeschlagen. Die

7 Wohl kaum ein politisches Ereignis wurde bildlich (durch Fotos und Videos) so vollständig dokumentiert wie der „Majdan“. Für alle Aussagen über die Straßenschlachten findet sich im Netz eine Unzahl von Bildbeweisen.

gestreamten Videos ihrer blutüberströmten „Kinder“ empörte die Kiewer Bevölkerung, die sich daraufhin zu Hunderttausenden auf dem „Majdan Nezaležnosti“, dem „Platz der Unabhängigkeit“, versammelte, um gegen „die Bande“, gegen Janukowytsch und seine Schergen, zu protestieren. Der Aufstand breitete sich im ganzen Land aus – insbesondere aber im Westen und im Zentrum der Ukraine.

Während sich offizielle Repräsentanten der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten mit dem „Euro-Majdan“ solidarisierten, nannte der russische Präsident Putin den Volksaufstand ein „Pogrom“. Doch der „Majdan“ war keine anti-russische Bewegung: „Wir lieben die Russen, aber verachten Putin“ wurde von einem (an dem „eisernen Tannenbaum“ auf dem Unabhängigkeitsplatz, dem Majdan, aufgehängten) großen Plakat verkündet.

Am 28. Januar 2014 kam es mit dem Rücktritt des Premierministers Mykola Azarov zu einer Teil-Kapitulation des Regimes; die „Notstandsgesetze“, die am 16. Januar 2014 durch das Parlament gepeitscht worden waren, wurden zurückgenommen.

Die von Oppositionspolitikern ausgerufenen „friedliche Offensive“ der außer-parlamentarischen Opposition am 18. Februar 2014 wurde vom Regime mit einer gewaltsamen Offensive des „Berkut“, der (kasernierten) Sondereinheit der Miliz, beantwortet, die zu einer Straßenschlacht im Zentrum von Kiew führte. In der Nacht vom 18. auf den 19. Februar stürmte der „Berkut“ das verbarrikadierte Zelt Dorf auf dem Majdan (auf dem „Platz der Unabhängigkeit“) und brannte dieses zur Hälfte nieder. Nicht identifizierte Angehörige der Miliz oder der „Binnentruppen“ des Innenministeriums legten Feuer im obersten Stockwerk des am Majdan gelegenen „Hauses der Gewerkschaften“, in welchem der „Majdan“ sein „Hauptquartier“ hatte – und in welchem Dutzende verwundeter „Verteidiger des Majdan“ lagen. Am 18. und 20. Februar erschossen Scharfschützen an die einhundert „Verteidiger des Majdan“ in der (auf den Majdan führenden) Instytuts'ka-Straße.

Der Einsatz von massiver Gewalt durch das Regime Janukowytsch bewog die Regierungen in Paris, Berlin und Warschau, in Kiew schlichtend einzugreifen. Durch ihre Vermittlung wurde zwischen dem Präsidenten Janukowytsch und den Vorsitzenden der drei parlamentarischen Oppositionsfraktionen ein „Friedensabkommen“ geschlossen. Gleich nach der Unterzeichnung der Vereinbarung floh Präsident Janukowytsch mit einem Hubschrauber aus der Stadt. Umgehend wurde von der – bisherigen – Opposition (mit Hilfe der Stimmen von Überläufern) in der „Werchowna Rada“ der wichtigste Punkt des Abkommens umgesetzt: Die Rückkehr zur Verfassung von 2004 – nicht aber die Beteiligung der „Partei der Regionen“ an einer Koalitions-„Regierung der nationalen Versöhnung“, wie es das „Friedensabkommen“ vorsah.

Nach der Flucht des Präsidenten Janukowytsch (über die Krim nach Russland) vollzog sich in der Werchowna Rada ein entscheidender Seitenwechsel. Große Teile der Abgeordneten der bisherigen (Regime-)„Partei der Regionen“ stimmten mit der bisherigen Opposition, sodass überwältigende Mehrheiten bis zu Dreivierteln der Stimmen für die Eilgesetze, mit denen der Machtwechsel legitimiert wurde, zustande kamen.

Das „Volk des Majdan“, die aufständische Menge auf dem Platz der Unabhängigkeit (dem „Majdan Nezaležnosti“), wo am Tage des „Friedensschlusses“ Trauer über die „Himmlische Hundertschaft“, die fast einhundert erschossenen „Verteidiger des Majdan“ herrschte, lehnte das von den parlamentarischen Oppositionspolitikern ausgehandelte „Friedensabkommen“ ab.

In der außerordentlichen Sitzung des Parlaments am 20. Februar wurde die von dem Regime in Gang gesetzte „Antiterroristische Operation“ („ATO“) gegen die Aufständischen im ganzen Land sofort angehalten. Der Abzug der Sicherheitskräfte des Regimes aus dem Zentrum von Kiew glich einer „geordneten Fahnenflucht“, die den Aufständischen die kampflose Einnahme des Regierungsviertels ermöglichte.

Nach der Flucht des Präsidenten flohen auch seine Komplizen in Scharen ins Ausland. Der erbärmliche Fernsehauftritt des flüchtigen Präsidenten Janukowytsch in Rostow am Don (Russland) zeugte von seinem totalen Realitätsverlust.

Der dritte Teil, „Der parlamentarische Machtwechsel“, befasst sich mit der Machtübernahme durch die bisherige parlamentarische Opposition. Der Machtwechsel in Kiew war ein „regime change“, aber kein „Staatsstreich“, wie von russischer Seite hartnäckig behauptet wird; er war eine „parlamentarische Machtergreifung“, die nach der Flucht des Präsidenten Janukowytsch per Eilgesetzgebung mit „konstitutionellen“, d. h. verfassungsgebenden/verfassungsändernden Zweidrittelmehrheiten von der Werchowna Rada legitimiert wurde. Ein zentraler legislativer Akt war die Rückkehr zur parlamentarisch-präsidentialen Verfassung von 2004.

Von Seiten des „Westens“ wurde die neue Macht in Kiew prompt anerkannt, während sie von russischer Seite als „Junta“ diskreditiert wurde (doch ohne dass die diplomatischen Beziehungen abgebrochen worden wären). Durch die vorgezogene Präsidentschaftswahl am 25. Mai 2014 und eine vorgezogene Parlamentswahl am 26. Oktober 2014 wurde die „neue Macht“ in Kiew demokratisch legitimiert. Die Wahlen waren „a step forward“ im Urteil der – westlichen – internationalen Wahlbeobachter und ein „Sieg der Demokratie“ in der Einschätzung der Europäischen Union.

Zum Präsidenten gewählt wurde im ersten Wahlgang der Magnat Petro Poroschenko – ein Mann mit einem außergewöhnlichen politischen Instinkt. In der Wahl zur Werchowna Rada gewann das „patriotische Lager“, mehrheitlich der „Block Petro Poroschenko“/„BPP“. Die „Majdan-Parteien“ bildeten im Parlament eine Regierungskoalition mit dem Namen „Europäische Wahl“ und wählten den Vorsitzenden der Partei „Volksfront“, Arsenij Jacenjuk, zum Premierminister („ein Himmelfahrtskommando“, wie er selbst sagte). Der „Oppositionelle Block“, in welchem sich die – nach der Flucht „ihres“ Präsidenten heimatlosen – „regionalistischen“ Politiker seiner Regime-„Partei der Regionen“ sammelten, hatte schon mit ihrer Namensgebung vor der Wahl ihre zukünftige Rolle angesagt.

Die Aufklärung (de facto eher eine „Verdunkelung“) des – bis heute (2020) ungesühnten – „Majdan-Massakers“ durch die personell neu besetzten zuständigen Behörden wurde durch

die Flucht der Täter, die Vernichtung von Beweismitteln – und durch Behinderung der Ermittlungen – sabotiert. Ein internationales Berater-Gremium („International Advisory Panel“) des Europa-Rates kam in seinem Bericht vom 31. März 2015 zu dem Schluss, dass die Ermittlungen in vieler Hinsicht die Anforderungen der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht erfüllten.

Die Frage nach der Legitimität der „Revolution der Würde“, wie der „Majdan“ nach seinem Sieg genannt wurde, ist müßig: Der Aufstand war die Ausübung von „gerechter Gewalt“ gegen ein Unrechtsregime durch den Souverän, durch den „Demos“ – das Volk.

Der „Majdan“ war, wie die Orangene Revolution zehn Jahre zuvor, eine unvollendete Revolution; zwar wurde die formal-demokratische Ordnung wiederhergestellt, doch kam es nach dem Sieg des Volksaufstandes nicht zu einem Systemwechsel, sondern nur zu einem Machtwechsel innerhalb der politischen Klasse. Dennoch bedeutete der „Majdan“ für die Ukraine – die keine „künstliche“ Nation ist, wie es selbst renommierte deutsche Politiker und Historiker sehen, sondern eine Nation ‚in statu nascendi‘ – eine Selbstvergewisserung ihrer nationalen Identität, einen Schub in ihrem „nation building“ Prozess. Präsident Putin, der die Ukraine „einen Fehler der Geschichte“ nannte, war entgegen seiner Absicht „Geburtshelfer“ bei der Neugeburt der ukrainischen Nation.⁸ Der „ukrainische Nationalismus“, vor dem er und die russischen Medien unablässig warnen, ist ein defensiver Patriotismus; und der angeblich bedrohliche „ukrainische Faschismus“ ist ein russischer Popanz.

Und – entgegen dem Trend in der Europäischen Union – widerspricht das im Verlauf des „Majdan“ erwachte ukrainische Nationalgefühl nicht dem europäischen Zugehörigkeitsgefühl der Mehrheit der Ukrainer.

Winfried Schneider-Deters
Kiew und Heidelberg im Oktober 2020

8 Siehe den Essay des Autors, der in dem Online-Magazin „Ukraine-Nachrichten“ erschienen ist. Schneider-Deters, Winfried: Der „Euro-Majdan“ – Neugeburt der ukrainischen Nation, in: Ukraine-Nachrichten, 09.04.2015; https://ukraine-nachrichten.de/euro-majdan-neugeburt-ukrainischen-nation_4242.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Anmerkungen zur Umschrift	23
Abkürzungsverzeichnis	29
Teil I:	
Brüssel und Moskau – Integrationskonkurrenz um die Ukraine	35
Kapitel I.1	
Ausbruch der latenten Integrationskonkurrenz	37
Kapitel I.2	
Die „strategische Wahl“ der Ukraine zwischen europäischer und eurasischer Integration	41
I.2.1 Das Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine	41
I.2.2 Die Ukraine vor einer existenziellen Entscheidungsfrage.....	42
Kapitel I.3	
„Füles Liste“ – die Brüsseler Bedingungen für die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens	44
Kapitel I.4	
Die „eurasische Karte“ im Assoziierungspoker zwischen Brüssel und Kiew – ein Bluff?	50
Kapitel I.5	
„Doppelte Mitgliedschaft“ – die Formel „3 plus 1“	53
Kapitel I.6	
Das XVI. EU-Ukraine Gipfeltreffen – Diplomatische Entspannung zwischen Brüssel und Kiew	56
I.6.1 „Politische Assoziierung und ökonomische Integration“ – die neue Formel... ..	56
Kapitel I.7	
Drohungen und Lockungen: Moskaus Druck auf Kiew	64
I.7.1 Russische „Besorgnisse“	64
I.7.2 Einfuhrbehinderungen – ein kontraproduktives Druckmittel	67
I.7.3 Die „starke Botschaft“ der Europäischen Union	72
I.7.4 Der ominöse „Maßnahmen-Komplex“	74
I.7.5 Die Kommunistische Partei – Moskaus „Fünfte Kolonne“ in der Ukraine	78
I.7.6 „Wir sind ein Volk“ – Putins „völkisches“ Postulat	79

Kapitel I.8

Die „europäische Woche“ in Kiew – Präsident Janukowytschs „historische Entscheidung für Europa“	82
--	----

Kapitel I.9

Das ukrainische Dilemma der Europäischen Union	86
I.9.1 „To sign or not to sign ...“ – die Europäische Union vor einer historischen Entscheidung.	86
I.9.2 Schwelender Dissens zwischen den nationalen Regierungen der Europäischen Union.	88

Kapitel I.10

Das Problem Tymoschenko – „letztes Hindernis“ auf dem Weg nach „Vilnius“	91
---	----

Kapitel I.11

Die „Monitoring Mission“ des Europäischen Parlaments – eine „mission impossible“	114
---	-----

Kapitel I.12

Die finale Phase vor „Vilnius“	119
I.12.1 Das Europäische Parlament – die Entschließung vom 23. Oktober 2013	119
I.12.2 Die Abschlussvorstellung im ukrainischen Parlament – in der Regie der Präsidentialadministration	120

Kapitel I.13

Das Debakel von Vilnius – der gescheiterte „historische Gipfel“ der „östlichen Partnerschaft“	126
I.13.1 Abbruch des Assoziierungsprozesses durch die Ukraine	126

Kapitel I.14

Die „offene Tür“ der Europäischen Union	135
I.14.1 Die Europäische Union – gute Miene zum bösen Spiel.	135
I.14.2 Fortsetzung des „Dialogs“ zwischen Brüssel und Kiew – „um der ukrainischen Bevölkerung willen“	136

Kapitel I.15

Gründe für Janukowytschs Meinungsumschwung	139
I.15.1 Die offizielle Begründung	139
I.15.2 Die Unterschrift des Präsidenten Janukowytsch – eine Frage des Geldes?	140
I.15.3 Janukowytschs „europäischer Integrationskurs“: ein Täuschungsmanöver? ...	146

Kapitel I.16

Die Reaktionen auf den Fehlschlag von Vilnius	149
I.16.1 Die „Partei der Regionen“: Rechtfertigungsnot statt Siegesstimmung	149
I.16.2 Die Ohnmacht der Opposition – Forderung nach Rücktritt der Regierung ...	152
I.16.3 Die Europäische Union: Unverhohlene Enttäuschung	154
I.16.4 Russland: verhohlene Genugtuung.....	156

Kapitel I.17

Aus der Rückschau: Was geboten gewesen wäre	160
I.17.1 Die Europäische Union: Strategische Myopie	160
I.17.2 Die Mitschuld der Europäischen Union an dem integrationspolitischen Debakel von Vilnius	161
I.17.3 Brüssel: Späte Einsicht	163
I.17.4 Vorenthaltene Beitrittsperspektive	167
I.17.5 „Arrangement“ mit Russlands <i>eurasischem</i> Integrationsprojekt	169

Kapitel I.18

Der „trilaterale Konsultationsprozess“: Nachverhandlungen mit Russland	172
I.18.1 Dreiseitige Konsultationen	172
I.18.2 Dreiseitige Verhandlungen über ein zweiseitiges Abkommen – die „russische Liste“	174
I.18.3 Die Suche nach „praktischen Lösungen“ zur Ausräumung russischer „Besorgnisse“	176
I.18.4 Aufkündigung des GUS-Freihandelsabkommen.....	182

Kapitel I.19

Nach dem Sieg des „Majdan“ – Unterzeichnung und Ratifizierung des Assoziierungsabkommens	185
I.19.1 Unterzeichnung des politischen Teils – Aufschub der Anwendung des wirtschaftlichen Teils	185
I.19.2 Vier Jahre nach „Vilnius“: Das Assoziierungsabkommen EU-Ukraine in Kraft.....	186

Kapitel I.20

Die EU-assozierte Ukraine – der Traum und die Wirklichkeit	189
I.20.1 Die Krise in den Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine	189
I.20.2 Die Umsetzung des Assoziierungsabkommens	197

Teil II:

Der „Majdan“ – der Volksaufstand gegen das kleptokratische Regime des Präsidenten Janukowytsch 201

Kapitel II.1

Janukowytschs Kursänderung: Die „Ermordung eines Traums“ 203

II.1.1	Janukowytschs „größter Fehler“	203
II.1.2	Der „Euro-Majdan“ – eine Protest-Bewegung der akademischen Jugend	204
II.1.3	Die erste „Viče“ – eine spontane Versammlung Kiewer Bürger	205
II.1.4	Die Vereinigung der parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition	207
II.1.5	Der Tag „nach Vilnius“ – blutige Niederknüppelung des Protests	209
II.1.6	Der „Sturm“ auf die Präsidialadministration – eine Inszenierung des Regimes?.	216
II.1.7	Besetzung von öffentlichen Gebäuden in Kiew	222

Kapitel II.2

Vom Protest zum Aufstand – vom „Euro-Majdan“ zum „Majdan“ 226

II.2.1	Volkes Zorn – die „Nationalisierung“ des „Majdan“	226
II.2.2	Der gescheiterte „Sturm“ des Berkut auf den Majdan am 11. Dezember	230

Kapitel II.3

Solidarisierung des Westens mit dem „Euro-Majdan“ 231

II.3.1	Die diplomatischen „Besorgnisse“ der Europäer	231
II.3.2	„Besuch eines Europäers bei Europäern“ – der deutsche Außenminister Westerwelle auf dem Majdan	232
II.3.3	Sanktionen – das Dilemma der Europäischen Union	234
II.3.4	Enttäuschung über „Europa“	246
II.3.5	Der Europa-Rat – Die Ukraine-Resolution der Parlamentarischen Versammlung vom 30. Januar 2014	247
II.3.6	Die USA – Sanktionen	250

Kapitel II.4

Der „Euro-Majdan“ aus Sicht des Kreml – ein „Pogrom“ 256

II.4.1	Moskaus sichtbare Hand	256
II.4.2	Die Erklärung internationaler Osteuropa-Experten über den „Kiewer Euro-Majdan“	259
II.4.3	Der „Majdan“ – keine anti-russische Bewegung	261
II.4.4	Der „Majdan“: kein ukrainischer „Ost-West-Konflikt“	262

Kapitel II.5

Der Versuch einer gewaltsamen Lösung am 11. Dezember 2013 265

II.5.1	Der „Krawtschuk-Tisch“	265
II.5.2	Der nächtliche „Sturm Majdana“	266
II.5.3	Die „Volksvereinigung Majdan“ – die gesellschaftliche Organisation des Volksaufstands	269

Kapitel II.6	
Die „Notstandsgesetzgebung“ vom 16. Januar 2014	273
II.6.1 „Legalisierung der Diktatur“	273
II.6.2 Die ausländische Reaktion auf die Verabschiedung der „Gesetze vom 16. Januar“	277
Kapitel II.7	
Der „19. Januar“ 2014: Ausbruch von Gewalt	279
II.7.1 Der „friedliche Majdan“	279
II.7.2 Die achte „Volksversammlung“ auf dem Majdan Nezaležnosti – Ruf nach einem „Führer des Widerstandes“	279
II.7.3 Die Straßenschlacht in der unteren Hruševs’kyj-Straße	283
II.7.4 Die ersten Todesopfer	286
Kapitel II.8	
Scheinverhandlungen	289
II.8.1 Präsident Janukowytsch – Aufruf zum Dialog	289
II.8.2 Verhandlungen der Opposition mit dem Präsidenten	291
II.8.3 Geheime Vorbereitung des Ausnahmezustands?.....	297
Kapitel II.9	
Die Ausbreitung des Aufstands	304
II.9.1 Der „Volksrat“ – ein Parallel-Parlament	304
II.9.2 Besetzung von Verwaltungsgebäuden in weiten Teilen des Landes	305
Kapitel II.10	
Die Teil-Kapitulation des Regimes – Rücktritt des Premierministers Azarov und Rücknahme der „Notstandsgesetzgebung“	308
Kapitel II.11	
Das zweite „Amnestie-Gesetz“ – eine Falle?	312
II.11.1 Die Novellierung des ersten Amnestie-Gesetzes	312
II.11.2 „Geiseln“ im Tausch gegen Gebäude	317
Kapitel II.12	
Auf dem Wege zu einer friedlichen Regelung der „politischen Krise“? ..	320
II.12.1 „Hab keine Angst!“ – Verhärtung des Widerstands	320
II.12.2 Freilassung der „Geiseln“ und Freigabe besetzter Gebäude	322
II.12.3 Verhandlungen der Opposition mit Generalstaatsanwalt Pšonka	324
II.12.4 Bedingte Freigabe des Kiewer „Rathauses“	326
II.12.5 Die „Viče“ vom 16. Februar 2014 – die letzte Volksversammlung auf dem Majdan	328
II.12.6 „Rückkehr zur Verfassung von 2004“ – ein möglicher Ausweg aus der „Krise“? ..	330

Kapitel II.13

Die formierten Kräfte der gegnerischen Lager vor dem „Endkampf“	334
II.13.1 Die parlamentarische Opposition gegen das Regime Janukowytsch.	334
II.13.2 Die „Selbstverteidigung des Majdan“ („Samooborona“)	338
II.13.3 Der „Anti-Majdan“	341
II.13.4 Die Sicherheitskräfte des Regimes.	344
II.13.5 „Titušky“ – staatlich lizenzierte Hooligans als „Hilfspolizei“	347
II.13.6 Die Armee – „treu dem Volke“ oder dem Regime?	353

Kapitel II.14

Das blutige Ende des „Majdan“	362
II.14.1 Die Einsatzplanung für die Offensive der Sicherheitskräfte des Regimes.	362
II.14.2 Die „friedliche Offensive“ der Opposition im Parlament	364
II.14.3 Die „friedliche Offensive“ der außer-parlamentarischen Opposition	366
II.14.4 Die gewaltsame Offensive des Regimes	370
II.14.5 „Targeted killing“ – Scharfschützen gegen Straßenkämpfer	377
II.14.6 Der 18. Februar 2014 – der nächtliche „Sturm“ auf den Majdan	378
II.14.7 Nächtlicher Besuch der oppositionellen „Trojka“ bei Janukowytsch.	384
II.14.8 Die blutige Zwischenbilanz des 18. Februar	386
II.14.9 Oligarchen gegen Gewalt	396
II.14.10 Der Gegenangriff der „Verteidiger des Majdan“: Rückeroberung von verlorenem „Majdan-Terrain“	399
II.14.11 Das Massaker vom 20. Februar.	401
II.14.12 Schusswaffengebrauch der Straßenkämpfer des „Majdan“?	404
II.14.13 Die „Himmlische Hundertschaft“ – die blutige Bilanz des „Drei-Tage-Krieges“ in Kiews Straßen.	407

Kapitel II.15

Krisen-Diplomatie – die europäische Vermittlungsmission	409
II.15.1 Sanktionen der Europäischen Union	409
II.15.2 Konfliktmediation der Europäischen Union.	411
II.15.3 Die Unterzeichnung der Vereinbarung „über die Regulierung der Krise“	415
II.15.4 Das Ergebnis der Verhandlungen: ein Scheinerfolg der Opposition?	418
II.15.5 Diplomatische Kommentare zum „Friedensabkommen“	420

Kapitel II.16

Janukowytschs Kontroll-Verlust im Parlament	424
II.16.1 Die Defektion der Opportunisten – Seitenwechsel in der Werchowna Rada	424
II.16.2 Die außerordentliche Sitzung der Werchowna Rada am 20. Februar – Sieg der Opposition im Parlament.	427

Kapitel II.17	
Ablehnung des „Friedensabkommens“ durch den „Majdan“	431
II.17.1 Verhandlungen – ohne den „Majdan“.....	431
II.17.2 Die Rechtfertigung der Oppositionsführer vor dem „Volk des Majdan“.....	433
II.17.3 Der Sotnyk Parasjuk – der „Held des Tages“.....	436
Kapitel II.18	
Der Sieg des „Majdan“	443
II.18.1 Die Einnahme des Regierungsviertels durch die Aufständischen.....	443
II.18.2 Der Abzug der Sicherheitskräfte des Regimes: Eine geordnete Fahnenflucht?.....	444
II.18.3 Die Flucht der Komplizen des Präsidenten.....	449
II.18.4 Die Flucht des Präsidenten Janukowytsch.....	451
Kapitel II.19	
Die „Revolutionen“ der Jahre 2004/2005 und 2013/2014 im Vergleich.	458
II.19.1 Unvollendete Revolutionen.....	458
II.19.2 Der „Majdan“ – kein politischer System-Wechsel.....	459
Kapitel II.20	
Der „Majdan“ – Neugeburt der ukrainischen Nation	462
II.20.1 Krise der nationalen Identität.....	462
II.20.2 Der „ukrainische Nationalismus“ – ein defensiver Patriotismus.....	468
Teil III:	
Der parlamentarische Machtwechsel in Kiew	471
Kapitel III.1	
Eine parlamentarische Machtergreifung	473
III.1.1 Machtwechsel per Eilgesetzgebung.....	473
III.1.2 Oleksandr Turčynov – neuer Präsident der Werchowna Rada.....	474
III.1.3 Die Amtsenthebung des Präsidenten Janukowytsch.....	477
III.1.4 Parlamentarische Machtsicherung.....	482
III.1.5 Oleksandr Turčynov – Wahl zum Staatspräsidenten ad interim durch das Parlament.....	483
III.1.6 Aufhebung des Sprachengesetzes – die Ursünde der „neuen Macht“.....	484
III.1.7 Das „Friedensabkommen“ vom 21. Februar 2014: Makulatur.....	486
Kapitel III.2	
Julija Tymoschenko und der „Majdan“	488
III.2.1 Julia Tymoschenko: die ukrainische Hoffnungsträgerin der Europäischen Union.....	488
III.2.2 Freilassung durch Gesetzesänderung.....	490
III.2.3 „Freiheit für Julija, aber nicht die Macht!“ – Tymoschenko auf dem Majdan..	493

Kapitel III.3	
Auf der politischen Bühne – die alte Vorstellung	497
III.3.1 Die erste Regierung des Premierministers Jacenjuk – ein „Himmelfahrtskommando“	497
III.3.2 Die „Majdan-Quote“ in der Regierung.....	500
Kapitel III.4	
Der „Majdan“ und die „neue Macht“	504
III.4.1 „Der Mohr kann gehen“	504
III.4.2 „Lustration!“	507
Kapitel III.5	
Die internationale Reaktion auf den Machtwechsel in Kiew	512
III.5.1 Prompte Anerkennung im Westen	512
III.5.2 Die Reaktion in Moskau: „Staatsstreich“	513
Kapitel III.6	
Der „Post-Majdan“ – revolutionäre Nachwehen	522
III.6.1 Das Zeltdorf auf dem Majdan – Zuflucht für Obdachlose?	522
III.6.2 Die „friedliche“ Räumung des Majdan.....	524
Kapitel III.7	
Die Frage nach der Legitimität des „Majdan“	529
III.7.1 Eine „Revolution der Würde“	529
Kapitel III.8	
Die demokratische Legitimierung des „Majdan“ durch Wahlen	533
III.8.1 Die vorgezogene Präsidentschaftswahl vom 25. Mai 2014.....	534
III.8.2 Petro Poroschenko – der eigentliche Sieger des „Majdan“	536
III.8.3 Die Parlamentswahlen vom 26. Oktober 2014	541
III.8.4 Die „Majdan-Parteien“ – Wahlsiege und Wahlniederlagen im patriotischen Lager	550
III.8.5 Die „Anti-Majdan-Parteien“ – in der Opposition	556
III.8.6 Von den Barrikaden ins Parlament – die „Kinder der Revolution der Würde“ .	565
III.8.7 Das Wahlergebnis im Osten	568
III.8.8 Die internationale Wahlbeobachtung: „a step forward“	572
III.8.9 Die Europäische Union: „Sieg der Demokratie“	575
III.8.10 Moskau: Putins Klage	576

Kapitel III.9	
Das neue Parlament der VIII. Legislaturperiode	578
III.9.1 Das Kräfteverhältnis im neuen Parlament – Anzahl der Sitze der Parteien und ihrer Fraktionen	578
III.9.2 Die neue (Regierungs-)Koalition „Europäische Ukraine“	579
III.9.3 Die „alte Ordnung“ – wiederhergestellt	582
Kapitel III.10	
Die Aufklärung des „Majdan-Massakers“ – „Verdunkelung“ durch die neue Macht ?	586
III.10.1 Das „Majdan-Massaker“ – ungesühnt	586
III.10.2 Die „Schwarze Kompanie“ der Bereitschaftspolizei „Berkut“ – die Hauptverdächtige	590
III.10.3 Behinderung der Ermittlungen – „von oben“?	593
III.10.4 Tödliche Schüsse auf die Polizei	609
III.10.5 Moskaus unsichtbare Hand	614
III.10.6 Der Europa-Rat: „Kein substanzieller Fortschritt“ in den Majdan-Ermittlungen	617
Kapitel III.11	
Das „Majdan-Massaker“ – eine Operation „unter falscher Flagge“?	620
III.11.1 Die befremdlichen Eindrücke des estnischen Außenministers Urmas Paet ...	621
III.11.2 Die „Story“ des britischen Journalisten Gabriel Gatehouse	627
III.11.3 Der „Monitor“-Report von Stefan Stuchlik – „öffentlich-rechtliche“ Fake News	628
III.11.4 Das „Majdan-Massaker“: eine „geplante Operation der Opposition“ – Die „conspiracy theory“ des ukrainisch-kanadischen Politologen Ivan Katchanovski	633
Kapitel III.12	
Die „Strafsache Majdan“ – Einstellung der Ermittlungen?	643
Kapitel III.13	
Nachtrag: Der Gefangenenaustausch vom 29. Dezember 2019 – Mörder gegen politische Häftlinge	647
III.13.1 Austausch auf Kosten der Gerechtigkeit?	647
III.13.2 Das „Majdan-Massaker“ – auf immer ungesühnt?	653
III.13.3 Angriff der „Revanchisten“ auf das „Majdan“-Narrativ	661

Quellen	665
Literatur	667
Autoreninformation	679

Teil I: **Brüssel und Moskau – Integrationskonkurrenz um die Ukraine¹**

- 1 Für eine detaillierte Beschreibung der „Ukraine-Politik“ der Europäischen Union und der „Euro-Integrationspolitik“ der Ukraine ab Mitte des Jahres 2012 bis Mitte des Jahres 2013 siehe: Winfried Schneider-Deters: Die Ukraine im Zentrum jeder Osteuropapolitik, in: Erich Reiter (Hg.): Die strategische Lage im Osten der EU, Wien (Internationales Institut für Liberale Politik/IILP) Mai 2014, S. 35–72. Internet-Buch: <Die strategische Lage im Osten der EU.pdf>. Projekt: Die gestalterischen Möglichkeiten der EU, Österreichs und der ostmitteleuropäischen Staaten angesichts der strategischen Lage im Osten der EU. Internationales Institut für Liberale Politik/IILP und Direktion für Sicherheitspolitik des sicherheits- und verteidigungspolitischen Beratungsorgans des Bundesministers für Landesverteidigung und Sport, des Generalstabschefs des Österreichischen Bundesheeres und anderer Dienststellen des Ministeriums.

Kapitel I.1

Ausbruch der latenten Integrationskonkurrenz

Die Bildung der „Gemeinschaft unabhängiger Staaten“ (GUS; russ.: Sodružestvo Nezavisimych Gosudarstv/SNG) nach Auflösung der Sowjetunion durch die Präsidenten der drei ehemaligen Sowjetrepubliken Russland, Ukraine² und Belarus am 8. Dezember 1991 in Belovežskaja pušča (Belarus)³ war für Leonid Krawtschuk, den ersten Präsidenten der unabhängigen Ukraine, eine „zivilisierte Form der Trennung“; für den russischen Präsidenten Boris Jelzin – und seinen Nachfolger Wladimir Putin – war es eher der Versuch, die „neuen unabhängigen Staaten“ unter der Vorherrschaft Russlands zusammenzuhalten.⁴

Aufgrund der enormen Größenunterschiede zwischen der Russländischen Föderation und den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken – des kontinentalen Ausmaßes seiner Fläche und der Zahl seiner Bevölkerung – spielt Moskau in jedem (Re-)Integrationsprojekt im postsowjetischen Raum unweigerlich eine dominierende Rolle; doch nicht nur aus diesem Grund, sondern auch deshalb, weil Russland offen neo-imperiale Präntensionen kultiviert. Die Ukraine versuchte sich – zusammen mit einigen anderen „neuen unabhängigen Staaten“ – durch die Bildung einer Untergruppe im Rahmen der GUS, der GU(U)AM Staaten Georgien, Ukraine (zeitweise Usbekistan), Armenien und Aserbaidschan, sich der „Übermacht“ der Russländischen Föderation zu erwehren.⁵

Bis zum Jahre 2008 konnte von einer „Integrationskonkurrenz“ zwischen Moskau und Brüssel um die Ukraine nicht die Rede sein. Die Europäische Union verortete die Ukraine *expressis verbis* in ihrer „Nachbarschaft“: In der im Jahre 2004 initiierten „Europäischen Nachbarschaftspolitik“ (ENP) figuriert die osteuropäische Ukraine in einem „ring of friends“ (Javier Solana⁶) auf einer Stufe mit den nordafrikanischen und westasiatischen Anrainer-Staaten des Mittelmeers wie Marokko und dem Libanon.⁷ Und auch die im Jahre 2008 vorgenommene „Korrektur“ der „ENP“ durch die Politik der „Östlichen Partnerschaft“ (ÖP), in die sie die ehemaligen Sowjetrepubliken Belarus, Moldawien (Republik Moldau) und die Uk-

2 Obwohl Gründungsmitglied der GUS wurde die Ukraine nie Vollmitglied in dieser Gemeinschaft.

3 Mit dem Vertrag von Belovežskaja pušča (russ.: Belovežskoe soglašenje o sozdanii Sodružestva Nezavisimych Gosudarstv) hörte die Sowjetunion (Sojuz Sovetskich Socialističeskich Respublik) als „Subjekt des Völkerrechts“ auf zu existieren.

4 Auch der Präsident Kasachstans, Nursultan Nazarbajev, setzte sich für die eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit der ehemaligen Sowjetrepubliken ein; in der Folgezeit war er ein williger Partner in Präsident Putins eurasischen Integrationsprojekten.

5 Siehe: GUUAM – Porjadok i kooperacija v postsovetskom prostranstve (GUUAM – Ordnung und Kooperation im post-sowjetischen Raum), Beiträge zur internationalen Konferenz der Friedrich Ebert Stiftung, Tiflis, 16. und 17. Oktober 2001; Tiflis 2002.

6 Francisco Javier Solana de Madariaga, ehemaliger Hoher Repräsentant der Europäischen Union für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Generalsekretär des Europäischen Rates.

7 Siehe Winfried Schneider-Deters: Die palliative Ukrainepolitik der EU. Ein Plädoyer für ein neues Denken, in: Osteuropa 1/2005, S. 50–63.

raine („Zwischeneuropa“, d. h., den Raum zwischen der Russländischen Föderation und der Europäischen Union) sowie die ehemaligen Sowjetrepubliken des südlichen Kaukasus, Georgien, Armenien und Aserbajdschan einbezog, wurde ausdrücklich als Alternative zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union konzipiert. Bis heute (2020), auch nach dem „Euro-Majdan“ (2013/2014), gewährt die Europäische Union (in offiziellen Dokumenten) der Ukraine keine Aussicht auf eine eventuelle Mitgliedschaft – auch nicht nach Abschluss des Ratifizierungsprozesses, mit dem das Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine in Kraft getreten ist.

Russland war nach der Auflösung der Sowjetunion bestrebt, die ehemaligen Sowjetrepubliken, sein „nahes Ausland“, wieder an sich zu binden. Bereits zu Beginn seiner ersten Amtszeit als Premierminister im Jahre 1999 artikuliert Wladimir Putin das Ziel der faktischen Re-Union der ehemaligen Unionsrepubliken: In der „Mittelfristigen Strategie für die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Russischen Föderation und der Europäischen Union für die Jahre 2000 bis 2010“, die im November 1999 verabschiedet wurde, heißt es unter Punkt 1.8: „... die Entwicklung der Partnerschaft (der Russländischen Föderation) mit der Europäischen Union sollte dazu beitragen, Russlands Rolle als führende Macht bei der Gestaltung eines neuen Systems zwischenstaatlicher politischer und ökonomischer Beziehungen im GUS-Raum zu konsolidieren.“⁸

Eine gewisse Konkurrenz zwischen den beiden Gravitationspolen Brüssel und Moskau um die *innere* Ordnung der Ukraine trat erstmals während der „Orangen Revolution“ im Jahre 2004 in der Ukraine zu Tage, als sich die Europäische Union in den Konflikt zwischen dem autoritären Regime des Präsidenten Kutschma und seinem designierten Nachfolger, seinem Premierminister Viktor Janukowytsch einerseits und dem Präsidentschaftskandidaten der demokratischen Opposition, Viktor Juschtschenko und dessen Anhängern andererseits – vermittelnd – einmischte; die Europäische Union ließ erkennen, dass ihr die innenpolitischen Verhältnisse der Ukraine nicht gleichgültig waren und sie an ihrer Ostgrenze eine demokratisch verfasste Ukraine wünschte – ohne auf deren außenpolitische Ausrichtung Einfluss nehmen zu wollen.

Der russische Präsident Putin ergriff offen Partei für den als „pro-russisch“ geltenden Viktor Janukowytsch – nicht nur, weil er die Ansteckung Russlands mit dem „orangenen Virus“ fürchtete, sondern weil er annehmen musste, dass die ukrainische Beteiligung an seinem eurasischen Integrationsprojekt, dem „Einheitlichen Wirtschaftsraum“ (russ.: „Edinoe èkonomičeskoe prostranstvo“), auf das sich der damalige ukrainische Präsident Leonid Kutschma eingelassen hatte, mit der Wahl des oppositionellen Viktor Juschtschenko zum Präsidenten der Ukraine von der Tagesordnung gestrichen werden würde. Durch den Sieg der „Orangen Revolution“, d. h., durch die Wahl des oppositionellen Kandidaten Juschtschenko zum Präsidenten der Ukraine in der (vom Obersten Gericht angeordneten) dritten Runde der Präsidentschaftswahlen scheiterte dann tatsächlich die von Putin verfolgte Ein-

8 Strategija razvitija otnošenij Rossijskoj Federacii s Evropejskim Sojuzom na srednesročnuju perspektivu (2000–2010), in: Diplomičeskij Vestnik, Nr. 11, November 1999. S. 20 ff.

beziehung der Ukraine in den „Einheitlichen Wirtschaftsraum“. Wäre Viktor Janukowytsch damals Präsident geworden, dann wäre die Ukraine bereits im Jahre 2005 (wahrscheinlich unumkehrbar) in den Orbit Moskaus zurückgekehrt.

Seit dem Amtsantritt des – in westlichen Medien als „pro-russisch“ apostrophierten – Präsidenten Viktor Janukowytsch im Februar 2010 drängte Moskau die Ukraine (und die anderen „östlichen Partner“ der Europäischen Union, insbesondere Armenien und Moldawien) zur Mitgliedschaft in dem lapidar „Zollunion“ (russ.: „Tamožennyj sojuz“) genannten gemeinsamen Zollgebiet der drei Staaten Russländische Föderation, Belarus und Kasachstan.

Erst seit dem russisch-georgischen „Fünf-Tage-Krieg“ im August 2008 ist die Existenz einer – latenten – Integrationskonkurrenz zwischen der Europäischen Union und Russland nicht mehr zu bestreiten. Motiviert durch seinen Verhandlungserfolg in Moskau gestand der französische Staatspräsident Sarkozy in seiner Funktion als Präsident des Europäischen Rates auf dem EU-Ukraine Gipfeltreffen am 9. September 2009 in Paris dem ukrainischen Präsidenten Juschtschenko zu, das Nachfolgeabkommen zu dem im Jahre 2008 auslaufenden „Partnerschafts- und Kooperationsabkommen“ (PKA) als „Assoziierungsabkommen“ zu betiteln. Bis dato wollte Brüssel nur über ein „vertieftes“ Partnerschafts- und Kooperationsabkommen verhandeln. In der Amtszeit des Präsidenten Viktor Juschtschenko hatte das „orangene Chaos“ in der Ukraine in Brüssel erneut (wie bereits in der zweiten Amtszeit des Präsidenten Leonid Kutschma) zu einem gewissen Verdruss („Ukraine fatigue“) über die Ukraine geführt. Nur unwillig waren im Jahr 2007 Verhandlungen über ein Nachfolgeabkommen zu dem auslaufenden PKA aufgenommen worden. Unter dem Eindruck des bewaffneten Konflikts im Kaukasus stimmten die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsländer widerstrebend „Assoziierungsverhandlungen“ zu. Das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union ist sozusagen ein ukrainischer Kriegsgewinn.

Auch Moskau machte nach dem bewaffneten Konflikt im Süd-Kaukasus keinen Hehl mehr aus seiner Absicht, in den ehemaligen Sowjetrepubliken russischen Einfluss geltend zu machen. Im August 2008 erklärte der (damalige) russische Präsident Medwedew die „neuen unabhängigen Staaten“, die mit Russland durch „besondere historische Beziehungen verbunden“ seien, zu einer „Sphäre“, in welcher die Russländische Föderation „privilegierte Interessen“ habe. Moskau postulierte damit quasi eine „Medwedew-Doktrin“ – in einer gewissen Analogie zur „Monroe-Doktrin“ des US-Präsidenten James Monroe (1823).

Die Differenzierung der Europäischen Nachbarschaftspolitik durch die Östliche Partnerschaft (ÖP) im Jahre 2009 betrachtete der Kreml zwar als eine erneute „Osterweiterung“ des politischen Einflussgebietes der Europäischen Union, doch nahm Moskau die „ÖP“ ohne offenen Protest hin – wohl auch deshalb, weil die „ÖP“ nicht als Vorbereitung der betreffenden Staaten auf die Mitgliedschaft in der EU konzipiert und expressis verbis als Alternative dazu formuliert war. Die von Brüssel angebotene Einbeziehung Russlands lehnte Moskau allerdings ab. Bis zur Mitte der Amtszeit des Präsidenten Janukowytsch galt die Ukraine als Hoffnungsträger dieser „Östlichen Partnerschaft“ – bis die Moldauische Republik ihr (vorübergehend) den Rang ablief.

Teil I: Brüssel und Moskau – Integrationskonkurrenz um die Ukraine

Die latente Integrationskonkurrenz zwischen Brüssel und Moskau um die Ukraine brach offen aus, als die Unterzeichnung des (bereits im Dezember 2011 fertig ausgehandelten und seither auf Eis liegenden) Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Ukraine nach dem EU-Ukraine Gipfeltreffen am 25. Februar 2013 in den Bereich des Möglichen trat.

Winfried Schneider-Deters

Ukrainische Schicksalsjahre 2013–2019

Band 2

Die Annexion der Krim und der Krieg
im Donbass



Berliner
Wissenschafts-Verlag

Vorwort

Die vorliegende Arbeit ist keine theoriegeleitete, eher eine narrative Analyse der Geschehnisse in den Jahren 2013 bis 2019 *in der – und um die – Ukraine*.¹ Sie schöpft aus wissenschaftlicher Literatur, aus offiziellen Dokumenten und amtlichen Veröffentlichungen und aus einer Vielfalt von aktuellen Nachrichten in gedruckten und digitalen Medien. (Die Aussagen über Ereignisse während des „Majdan“ beruhen auch auf eigenen Erlebnissen des Autors, der selbst vom Beginn des Volksaufstandes bis zu seinem Ende vor Ort war.) Es wurde nicht der Versuch gemacht, das empirische Material und seine Analyse in den geschlossenen theoretischen Rahmen konkurrierender Lehrmeinungen von Neorealisten, Neoinstitutionalisten, Liberalen und Sozialen Konstruktivisten etc. auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen zu zwingen. Die Arbeit ist auch nicht rein chronologisch; die zeitliche Abfolge wird häufig thematisch unterbrochen.

Der Autor unterstellt dem Leser² ein Minimum an Vorinformation durch seriöse Medien. Ein ausführliches Inhaltsverzeichnis und zahlreiche Querverweise ermöglichen die Benutzung des Buches als Nachschlagewerk. Zu diesem Zweck werden die Vollformen von Abkürzungen, die Übersetzungen von ukrainischen und russischen Begriffen u. ä. nicht nur beim ersten Mal ihres Auftretens angegeben, sondern im laufenden Text wiederholte Male.

Abriss des Inhalts

Die Jahre 2013 bis 2019 (insbesondere die Jahre 2013, 2014 und 2015) waren für die Ukraine „schicksalhaft“ und fast von gleichrangiger Bedeutung wie die Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit im Jahre 1991; denn in diesen Jahren drohte sie ihre Unabhängigkeit, die ihr kampfflos durch die Auflösung der Sowjetunion in den Schoß gefallen war, wieder zu verlieren.

Ein anfangs friedlicher, am Ende blutiger Volksaufstand – der „Majdan“ – stürzte das kleptokratische Regime des Präsidenten Viktor Janukowytsch; hätte es fortbestanden, wäre die Ukraine wieder unter die Kuratel Moskaus geraten. Nach dem „Majdan“ drohte der Ukraine eine Spaltung durch eine von Moskau angestiftete und gesteuerte secessionistische Bewegung der mehrheitlich russischsprachigen urbanen Bevölkerung im Osten und Süden des Landes. In einem völkerrechtswidrigen, militärisch abgesicherten „Coup“ annektierte die Russländische Föderation die (bis dato) „Autonome Republik Krim“, deren Zugehörigkeit zur Ukraine sowohl international als auch bilateral (d.h. zwischen der Ukraine und Russländischen Föderation) rechtlich verbrieft ist. Das von dem gescheiterten Sezessionsprojekt

- 1 In seiner zeitlichen Dimension ist sie die Fortsetzung des im Jahre 2012 erschienenen Buches des Autors: *Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union*, Berlin (Berliner Wissenschafts-Verlag) 2012.
- 2 Um den Lesefluss zu erleichtern, verzichtet der Autor auf „geschlechtergerechte“ Doppelnennungen und auf den „gender-gap“, das große „I“, das „Gender-Sternchen“ (*) etc. dort, wo das Geschlecht (Sexus) irrelevant ist, und verwendet das generische Maskulinum.

„Neurussland“ („Novaja Rossija“) übrig gebliebene Sezessionsterritorium der beiden international – und selbst von Moskau – nicht anerkannten „Volksrepubliken“ auf dem Gebiet des ukrainischen Kohlereviere „Donbass“ (ukr.: „Donbas“), die „Donezker Volksrepublik“ („Doneckaja [Donec]kaja Narodnaja Republika“ / „DNR“) und die „Lugansker Volksrepublik“ („Luganskaja Narodnaja Republika“ / „LNR“) hat sich durch totale Russifizierung de facto in eine Exklave der Russländischen Föderation verwandelt, die wie eine Besatzungszone mit einheimischen Kollaborateuren verwaltet wird. Im Donbass führt die Russländische Föderation zusammen mit einheimischen Auxiliärtruppen einen nicht erklärten Krieg gegen die ukrainische Armee. Die hybride Aggression der Russländischen Föderation im ukrainischen Donbass inszeniert das moderne Drehbuch „Vom hybriden Krieg“ des Generalstabschefs der russländischen Streitkräfte, Valerij Vasil'evič Gerasimov.

Bis in die Gegenwart (2019) stand – und steht – die Ukraine am Rande eines regelrechten Krieges mit Russland. Die befürchtete militärische Invasion ist zwar bislang ausgeblieben; doch Moskaus Drohung mit Krieg („voennij faktor“) als Instrument seiner „Europa-Politik“ produziert in der Ukraine den beabsichtigten Effekt: eine permanente Kriegsangst.³

Die von Präsident Putin vorgebrachte Begründung für die militärische Unterstützung der Irredenta auf der Krim und für die angedrohte militärische Invasion der Ukraine, nämlich die angebliche Bedrohung der ethnisch russischen – und russischsprachigen ethnisch ukrainischen (!) – Bevölkerung in den östlichen und südlichen Landesteilen durch „faschistische Terroristen“ aus der Westukraine ist eine „Große Lüge“.⁴ Lev Gudkov, der Direktor des respektierten unabhängigen Meinungsforschungsinstituts „Levada Zentrums“ (Analitičeskij Centr Jurija Levady), sagte, in der ganzen post-sowjetischen Periode habe er nichts gesehen, was an Intensität und Aggressivität der Propaganda in den staatlich kontrollierten (russischen) Medien gleich komme.

Erzählt werden die eigentlichen „Schicksalsjahre“ von 2013 bis 2015 in zwei zusammenhängenden Bänden. Während sich der erste Band mit der Geschichte und den Hintergründen des Volksaufstands auf dem Majdan ab 2013 beschäftigt, widmet sich Band Zwei der russischen Annexion der Krim wie auch dem folgenden Krieg im Donbass. Thematische Extensionen reichen bis in das Jahr 2019 – und enden im ersten Quartal des Jahres 2020, in welchem der Ausbruch der Corona-Virus-Pandemie eine „natürliche“ Zäsur bildet.

3 In der Hauptstadt Kiew und in der Mitte des Landes fänden einmarschierende russische Soldaten keine Unterstützung in der Bevölkerung; in der Westukraine würde sich möglicherweise eine neue „UPA“ formieren, eine „Ukrainische Aufständische Armee“, die einen Partisanenkampf gegen eine russische Okkupation entfesseln würde. Die historische „UPA“ kämpfte im II. Weltkrieg gegen die Rote Armee (und gegen die deutsche Wehrmacht) – und bis 1954 gegen den NKWD. Ob sich im Osten und Süden der Ukraine genügend russischsprachige Ukrainer und ethnische Russen finden würden, die einer russischen Invasionsarmee den Schein einer „Schutztruppe“ verleihen könnten, ist keineswegs sicher – und eher unwahrscheinlich.

4 Hier passt die häufig zitierte Erkenntnis des Meisters der Lüge: „Wenn man eine große Lüge erzählt und sie oft genug wiederholt, dann werden die Leute sie am Ende glauben.“ Adolf Hitler: Mein Kampf, 10. Kapitel, Ursachen des Zusammenbruchs, S. 252. Zentralverlag der NSDAP, Frz. Eher Nachf., G. m. b. H., 851.–855. Auflage, München 1943.

Der vorliegende zweite Band gliedert sich in insgesamt vier Abschnitte. So behandelt der erste Teil die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland, Teil Zwei den von Moskau geschürten Separatismus insbesondere im Osten der Ukraine und Teil Drei schließlich den hybriden Krieg im Donbass, während ein vierter und letzter Teil den „neuen Ost-West-Konflikt“ in den Kontext des anbrechenden „chinesischen Jahrhunderts“ einordnet. Der russisch-ukrainische Konflikt, der ein Teil dieses neuen Konflikts zwischen Russland und dem Westen ist, wird in absehbarer Zeit nicht gelöst werden; aber er wird längerfristig durch den „chinesischen Faktor“ an Bedeutung verlieren – vermutet der Autor.

Der erste Teil, „Die Annexion der Krim“, behandelt den „Anschluss“ der Krim an Russland, der nach dem Muster einer geheimdienstlichen „Specoperacija“ ablief. Die Annexion wurde durch Gräuelmärchen über die neuen Machthaber in Kiew propagandistisch vorbereitet und durch die getarnte Besetzung der Krim durch Truppen des Westlichen und Südlichen Wehrbezirks der Russländischen Föderation exekutiert. Die „neue Macht“ in Kiew konnte dem russischen Vorgehen nur ohnmächtig zusehen.

Die Krim ist für Russen ein Mythos, ein Sehnsuchtsort und – seit Präsident Putin – auch „heiliges Land“. Ihre „Heimholung“ wird als „historische Gerechtigkeit“ ausgegeben. Dabei weist die Annexion im Jahre 2014 Parallelen zur ersten Inbesitznahme der Halbinsel im Jahre 1783 – nach dem Sieg im Russisch-Türkischen Krieg von 1768 bis 1774 – durch Kaiserin Katharina II. auf.

Die Europäische Union und die USA reagierten mit Sanktionen auf den russischen Angriff auf die Friedensordnung, die in Europa nach dem Ende des Kalten Krieges etabliert wurde. Die verdeckte militärische Operation Russlands auf der Krim bedeutete „das Ende europäischer Sicherheit“⁵

Ausführlich werden die völkerrechtlichen Aspekte des „Falls Krim“ erörtert – einschließlich der eher politischen und historischen Argumente russischer Juristen. Nach dem Urteil der Mehrheit westlicher Völkerrechtler war Russlands militärische Intervention auf der Krim ein Akt der „Aggression“ und die „Inkorporation“ der Krim in die Russländische Föderation eine „Annexion“. Die russische „Rechtfertigung“ der Annexion, die Berufung auf Russlands „Schutzverantwortung“, auf „humanitäre Intervention“, auf Gewaltanwendung zum „Schutz eigener Landsleute“ beruht auf kontrafaktischen Behauptungen. Zwei relevante Grundsätze des internationalen Rechts, das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ und die „territoriale Integrität von Staaten“ erscheinen inkompatibel. Es gibt kein explizites Verbot der „externen Selbstbestimmung (Sezession)“, doch die Frage, wer Träger des Selbstbestimmungsrechts ist, auf das sich Russland beruft, ist höchst umstritten; „Volk“ ist in keinem internationalen Dokument definiert. Und die Bewohner der Krim bilden nicht ein „Volk“.

5 So der Titel eines Beitrags des Autors. Schneider-Deters, Winfried: Die „Putin-Doktrin“ – das Ende europäischer Sicherheit, in: Reiter, Erich (Hg.): Die strategische Lage im Osten der EU. Wien (Internationales Institut für Liberale Politik), Mai 2015, S. 73–124; <<https://docplayer.org/67125585-Erich-reiter-hg-die-strategische-lage-im-osten-der-eu.html>>.

Das sogenannte „Budapester Memorandum“, das „Memorandum über Sicherheitsgarantien in Verbindung mit dem Beitritt der Ukraine zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen“, habe seine Gültigkeit verloren, weil die Ukraine nach dem „Putsch“ nicht mehr derselbe Staat sei, dem diese Garantien gegeben worden seien, faselte der russische Präsident Putin. Auch den „Großen Vertrag“ über „Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft“ verwandelte er in Makulatur.

Gleich nach der Annexion der weit ins Schwarze Meer hineinragenden Halbinsel Krim begann Moskau mit ihrer Militarisierung. Neben den innenpolitischen Gründen war wohl diese Funktion der Krim als „verankerter Flugzeugträger“ ausschlaggebend für die Annexion der Halbinsel. Dabei geht es nicht um legitime Sicherheitsinteressen – mit den „Charkower Verträgen“ von 2010 hatte sich der Kreml Sewastopol, den Heimathafen der russischen Schwarzmeerflotte, bis zum Jahre 2049 gesichert; in Wahrheit geht es um die geostrategische Projektion Russlands im Schwarzmeer-Raum, in welchem östlich und südlich die NATO-Staaten Rumänien, Bulgarien (Griechenland) und die Türkei liegen und westlich das Russland nicht freundlich gesonnene Georgien.

Die Krim-Tataren – eine nationale Minderheit im eigenen Land – haben in dem Pseudo-Referendum gegen die Loslösung der Halbinsel von der Ukraine gestimmt – und sind seither gewalttätigen Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt. Sie sind erneut Opfer von Repressionen: Mit – willkürlich angewandten – juristischen Folterwerkzeugen wie den Straftatbeständen „Extremismus“ werden sie in ihrem eigenen Land politisch verfolgt. Ihre nationale Vertretung, der „Meclisi“, wurde verboten. Des Jahrestags ihrer genozidalen Deportation durch Stalin im Jahre 1944 (am 18. Mai) dürfen sie nicht mehr gedenken. Es hat den Anschein, dass Russland eine „ethnische Säuberung“ durch „freiwillige Auswanderung“ anstrebt.

Ungeachtet der traditionellen Verbundenheit der Türkei mit den Krim-Tataren – das Krim-Chanat war bis zur (ersten) Annexion durch das Russische Reich im Jahre 1783 ein Vasallenstaat des Osmanischen Reiches – tritt die Türkei nicht als Schutzmacht der „Krim-Türken“, wie die Krim-Tataren in der Türkei genannt werden, auf. Vorrang vor der Verwandtschaft haben die wirtschaftlichen Interessen der Türkei (Stichwort „Turkish Stream“, das Pipeline-Projekt für russisches Erdgas). Die Türkei des Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan und das Russland des Präsidenten Wladimir Putin haben die Erbfeindschaft zwischen ihren Ländern begraben; in Sankt Petersburg riefen sie eine neue Epoche russisch-türkischer Beziehungen aus. Und beide Autokraten teilen ihre Animosität gegen „den Westen“.

Für den Kreml – und sicherlich auch für die überwältigende Mehrheit der Russen – ist die „Krim-Frage“ geschlossen. Da aber die Ukraine und „der Westen“ die Annexion nicht anerkennen werden, wird dieser Konflikt (anders als der russisch besetzte Teil des Donbass) ein weiterer „eingefrorener Konflikt“ im post-sowjetischen Raum werden.

Der zweite Teil, „Separatistischer Furor – der ‚russische Frühling‘ in ‚Neurussland‘, beschreibt den von Moskau geschürten Separatismus nach dem Machtwechsel in Kiew. Der Kreml startete einen medialen Feldzug gegen die Ukraine. Einfallstor für die russische Pro-

paganda war die Zweisprachigkeit der Ukraine. In der „Putin-Doktrin“ warf sich Russland zur „Schutzmacht“ der russisch sprechenden (nicht nur der ethnischen Russen) Bevölkerungsteile auf. Russische Agenten vor Ort organisierten die zunächst spontan agierenden militanten Separatisten. Vor der Drohkulisse eines massiven Aufmarsches russischer Truppen jenseits der russisch-ukrainischen Grenze wurde versucht, im Osten der Ukraine ein „Krim-Szenarium“ herbeizuführen.

Seit der Unabhängigkeit (1991) existierte im Osten und Süden der Ukraine ein latenter Separatismus – und seit dem Zweiten Weltkrieg eine gewisse Antipathie gegenüber der Bevölkerung der annektierten Westukraine, der Hochburg des Volksaufstandes gegen das Regime des Präsidenten Janukowytsch. Keiner der Präsidenten der Ukraine – und auch nicht der selbst aus dem Donbass stammende Viktor Janukowytsch – hatte etwas unternommen, um die Bevölkerung der Ukraine zusammenzuschweißen. Somit hatte der russische Präsident Putin leichtes Spiel, als er den Machtwechsel in Kiew nutzte, um die Ressentiments gegen die neue Macht – und die latenten separatistischen Sentiments in der Bevölkerung des Ostens und des Südens zu schüren und einen „russischen Frühling“ auszurufen.

Während des „Majdan“ war es im Osten und Süden der Ukraine relativ ruhig geblieben. Doch nach dem Sieg des Volksaufstandes erhob sich Protest gegen den Machtwechsel in Kiew. Die „Partei der Regionen“ des flüchtigen Präsidenten Janukowytsch versuchte, diese Stimmung zu nutzen; der „Gouverneur“ der Oblast Charkow, Michajlo Dobkin, berief für den 22. Februar 2014 einen Kongress ihrer Rats-Abgeordneten aller Ebenen (Oblast, Rajon, Kommunen) aus dem Osten und Süden des Landes sowie des „Obersten Sowjets“ der Autonomen Republik Krim nach Charkow, der zweitgrößten Stadt der Ukraine, ein. In der von diesem Kongress verabschiedeten Resolution hieß es: „Wir, die Organe der lokalen Selbstverwaltung aller Ebenen [...] der Oberste Rat („Verchovnyj Sovet“) der Autonomen Republik Krim und der Gemeinderat der Stadt Sewastopol haben beschlossen, „die Verantwortung für die Sicherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung, der Einhaltung der Gesetze und der Beachtung der Menschenrechte auf dem *ganzen* (kursiv der Autor) Territorium der Ukraine zu übernehmen.“ Von offenem Separatismus nahmen die Delegierten Abstand: Dieser Beschluss gelte „zur Sicherung der verfassungsmäßigen Ordnung in Kiew“ hieß es explizit.

Putins Sezessionsprojekt „Neurussland“ („Novaja Rossija“), d. h., die Abspaltung der östlichen und südlichen Landesteile, scheiterte allerdings; nur in dem an Russland grenzenden Donbass, in den zwei Oblasten Donezk und Luhans'k, gelang es den militanten Separatisten mit russischer Unterstützung faktisch die Macht zu ergreifen und die Unabhängigkeit von zwei sogenannten „Volksrepubliken“ – der „Donezker VR“ (russ.: „Doneckaja Narodnaja Republika“/„DNR“) und die „Lugansker VR“ (russ.: „Luganskaja Narodnaja Republika“/„LNR“) zu proklamieren. Die selbsterklärte Unabhängigkeit der beiden „Volksrepubliken“ wurde allerdings bis heute (2019) international nicht anerkannt, nicht einmal von der Russländischen Föderation; Präsident Putin hat mit ihnen andere Pläne

Es waren zunächst die „Freiwilligen-Bataillone“, die aus der „Selbstverteidigung des Majdan“ rekrutierten (Straßenkämpfer ohne Kriegserfahrung), die gegen die Separatisten vorgingen. Die

Aufständischen von gestern kämpften gegen die Aufständischen von heute. Der „kämpferische Patriotismus“, der die Freiwilligen motivierte, wurde von russischer Seite als radikaler Nationalismus, wenn nicht als neuer Nationalsozialismus diffamiert. Als die separatistischen Kämpfer aus Russland mit Kriegswaffen ausgerüstet wurden, setzte die Regierung in Kiew eine „Antiterroristische Operation“ in Gang, die den Einsatz der regulären Armee rechtlich erlaubte.

Am 2. Mai 2014 kulminierte der „russische Frühling“ in der „Tragödie von Odessa“. Im „Haus der Gewerkschaften“ auf dem „Kulikovo pole“, in welchem sich „pro-russische“ Demonstranten nach der Straßenschlacht im Zentrum der Stadt vor ihren „pro-ukrainischen“ Gegnern verschanzt hatten, brach ein verheerender Brand aus, der durch von außen geworfene „Molotow-Cocktails“ – und innen (!) „angerichtete“ Brandsätze – verursacht wurde. Bei diesem Brand kamen in dem Gebäude 34 Menschen ums Leben. Der absichtlich verzögerte Einsatz der Feuerwehr und die Untätigkeit der Miliz (Polizei), deren Führung mit den pro-russischen Demonstranten sympathisierte, war der Grund dafür, dass die gewaltsame Auseinandersetzung mit den pro-ukrainischen Demonstranten dieses katastrophale Ausmaß annahm.

Die justizielle Aufarbeitung des „2. Mai“ war eine Farce. Die „Ermittlungen“ des parlamentarischen Untersuchungsausschusses waren von geringem Erkenntniswert. Das „International Advisory Panel“ des Europa-Rates fällte ein vernichtendes Urteil: In seinem Bericht wird den Behörden „Unfähigkeit“, „Dokumenten-Fälschung, mangelnde Unabhängigkeit – und generell „mangelnde Sorgfalt“ vorgeworfen.

Deutschlands besondere historische Verantwortung gegenüber der Ukraine – sie war die Hauptleidtragende im Zweiten Weltkrieg – verbietet deutsches „Verständnis“ (im Sinne von Billigung) gegenüber Putins aggressiver Ukraine-Politik.

Im dritten Teil, „Russlands hybride Aggression gegen die Ukraine“, geht es um den unerklärten hybriden Krieg Russlands gegen die Ukraine im Donbass. Die zunächst polizeiliche, dann militärische Bekämpfung des von russischen Agenten angeführten bewaffneten Aufstandes lokaler Separatisten durch die Kiewer Zentralregierung wird von Moskau als „Bürgerkrieg“ ausgegeben, ein unzutreffender Begriff, den Moskau nach wie vor als offizielles Narrativ für seine verdeckte militärische Aggression im ukrainischen Donbass benutzt. In Wirklichkeit handelt es sich um die praktische Anwendung der Theorie „Vom hybriden Krieg“ des russischen Generalstabschefs Gerasimov.⁶

In dem unerklärten Krieg gegen die Ukraine bilden die lokal rekrutierten Kämpfer, die sogenannte „Volkswehr des Donbass“ (russ.: „Narodnoe Opolčenie Donbassa“), Moskaus Auxiliärtruppen, die zusammen mit den regulären russischen Soldaten und irregulären russischen Söldnern die „vereinigten Sezessionstruppen“ bilden, als die sie treffend beschrieben werden können. Russen besetzen die Führungspositionen der „Streitkräfte“ der „Volksrepubliken“. Ununterbrochene Lieferungen schwerer Waffen über den nicht von Kiew kontrollierten Grenz-

6 In Paraphrasierung der Überschrift des Unterkapitels 24, des 1. Kapitels, des 1. Buches des (unvollendeten) Hauptwerks von Carl von Clausewitz: „Vom Kriege“: „Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“.

abschnitt halten ihre Kampfkraft aufrecht. Die Teilnahme regulärer wie irregulärer russischer Soldaten („auf Urlaub“ und Söldner) am Krieg wird von Russland ungeachtet aller Beweise bestritten. Ein großer Teil der „russischen“ Kämpfer („boeviki“) sind Tschetschenen, die Präsident Putins loyaler Vasall, der Präsident der Autonomen Republik Tschetschenien (Čečenskaja Respublika, kurz Čečnja), Ramzan Kadyrov, dem „slawischen Brudervolk“ zu Hilfe schickte. Von 2014 bis 2015 operierte eine inoffizielle bewaffnete Formierung russischer Söldner, die „Gruppe Wagner“ („Gruppa Vagnera“, „Častnaja voennaja kompanija“/„ČVK Vagnera“) auf Seiten der bewaffneten separatistischen Kräfte im Donbass. (Seit Jahre 2016 kämpfte die „Gruppe Wagner“ im syrischen Bürgerkrieg auf der Seite der syrischen Regierung Assad.)

Die Sezessionstruppen fügten – zusammen mit eingreifenden regulären russischen Truppen – der ukrainischen Armee in der „Schlacht von Ilovajs’k“ und im „Kessel von „Debal’ceve“ schwere Verluste zu. Die militärische Katastrophe von Ilovajs’k, wo die Regierungstruppen im „grünen Korridor“ in einen russischen Hinterhalt gerieten und aufgerieben wurden, ist ein nationales Trauma. Der Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Schuld an der Tragödie fällt ein vernichtendes Urteil über die politische und militärische Führung der Ukraine. Die heillose Flucht der ukrainischen Armee aus dem „Kessel von Debalceve“, wenige Tage (15. Februar 2015) nach dem Inkrafttreten des in Minsk am 12. Februar 2015 („Minsk II“) von dem „Normandie-Quartett“ ausgehandelten „Waffenstillstandes“, war der inkompetenten militärischen Führung der Ukraine und der Intervention regulärer russischer Truppen geschuldet. Die tapfere Verteidigung des Flughafens der Stadt Donezk durch Regierungstruppen gegen die Sezessionstruppen und deren russischen Verstärkung wurde ein neuzeitliches Heldenepos, die „Winterschlacht“ zu einem patriotischen Mythos.

Der Abschuss der Passagier-Maschine der Malaysia Airlines auf dem Flug MH 17 von Amsterdam nach Kuala Lumpur durch eine von russischen Soldaten aus dem Arsenal der in Kursk (Russland) stationierten 53. Luftabwehr-Raketenbrigade der Streitkräfte der Russländischen Föderation an den Abschussort verbrachte BUK-Rakete wird von Moskau bis heute bestritten. Auf der Suche nach der Wahrheit über den Abschuss der malaysischen Boeing haben das internationale „Joint Investigation Team“ („JIT“) und der niederländische „Untersuchungsrat für Sicherheit“ (nl.: „Onderzoeksraad voor Veiligheid“/„OVV“) – sowie das internationale investigative Netzwerk „Bellingcat“ – nachgewiesen, dass die Passagiermaschine von einer russischen BUK-Rakete von einem Abschussort im russisch kontrollierten Teil des Donbass abgeschossen wurde.

Die Bilanz der Opfer des Krieges im Donbass – Gefallene und Verwundete, Vermisste und Geflohene sowie Suizide – nach sechs Jahren Krieg ist „verheerend“. Allein durch Kampfhandlungen wurden nachweislich über 13 000 Soldaten und Zivilisten getötet. Russland verheimlicht die Zahl seiner Toten; die Opfer auf Seiten der heimischen Bevölkerung der besetzten Gebiete des Donbass können nur geschätzt werden.

Es lässt sich wohl nicht klären, ob die Bevölkerung in den Sezessionsterritorien Russland als Besatzungs- oder als Schutzmacht sehen; wahrscheinlich existieren beide Einstellungen – so wie ein Teil der Bevölkerung nach Russland geflohen ist, der andere in den von der ukraini-

schen Zentralregierung kontrollierten Teil des Donbass und in andere Regionen der Ukraine. Fakt aber ist, dass die einheimischen Behörden der beiden „Volksrepubliken“ Marionetten-Regime Moskaus sind.

Die Ukraine steht auf Platz 9 der Liste der Länder mit Binnenflüchtlingen. Laut dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (United Nations High Commissioner for Refugees/UNHCR) betrug die Zahl der Binnenflüchtlinge in der Ukraine per 11. Oktober 2019 (!) 1 412 589 Personen; rund eine halbe Million soll nach Russland geflohen sein.

Die ukrainische Regierung wollte – bis Ende April 2018 – ihre Operationen im Donbass nicht als „Krieg“, sondern als einen Kampf gegen Terroristen verstanden wissen; die „ATO“, die Führung der „Antiterroristische Operation“, lag beim (Inlands-)Sicherheitsdienst „SBU“. Ende April 2018 wurde die „Antiterroristische Operation“ („ATO“) offiziell beendet – und es begann die „Operation der Vereinigten Kräfte“ („OOS“) gegen die vereinigten Sezessionskräfte auf der rechtlichen Grundlage eines neuen Gesetzes über die „Deokkupation“ des Donbass. Die Führung der „OOS“ übernahm der Generalstab der ukrainischen Streitkräfte.

Im Februar 2015 reisten die deutsche Kanzlerin Merkel und der französische Präsident Hollande nach Moskau, wo sie zu Recht den Schlüssel für Frieden vermuteten. Auf dem daraufhin zustande gekommenen Vierergipfel (im „Normandie-Format“) vom 11. und 12. Februar 2015 in Minsk handelten Merkel und Hollande zusammen mit dem ukrainischen Präsidenten Poroschenko und dem russischen Präsidenten Putin ein „Maßnahmenpaket für die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen“ (vom 5. September 2014, „Minsk I“) aus, das aus einem ersten Teil, einem Waffenstillstand (Punkte 1–3) und einem „politischen Teil“ (von Punkt 4 bis 13) bestand („Minsk II“).

Der „Minsk-Prozess“ ist der von Anfang an zum Scheitern verurteilte Versuch einer internationalen Konfliktregelung, der bis in die Gegenwart allseits beschworen, aber von keiner Seite umgesetzt wird. Ihm voraus ging „Minsk I“, ein Waffenstillstand, das sogenannte „Minsker Protokoll“, der nach der Umkehr des „Kriegsglücks“ der Regierungstruppen infolge der verdeckten Inkursion regulärer russischer Truppen am 5. September 2014 geschlossen wurde. Danach waren die Kämpfe heftiger als zuvor weitergegangen.

Zwar hat der erste Teil von „Minsk II“ die Intensität der militärischen Auseinandersetzung substanziell verringert, doch die ukrainischen Verpflichtungen im politischen Teil des Abkommens waren von Präsident Putin – „in bad faith“ – in den Verhandlungen so formuliert worden, dass sie von der Ukraine gar nicht erfüllt werden konnten: Der Punkt 11 und seine „Anmerkung“ enthält die Bestimmung, dass die Wiederherstellung der ukrainischen Kontrolle über die Grenze mit Russland im Abschnitt der Sezessionsterritorien erst *nach* der Erfüllung aller ukrainischen Verpflichtungen erfolgen sollte – der russische Nachschub also ungehindert (und unbeobachtet) weitergehen konnte. Präsident Putin hatte seine „Partner“ – Angela Merkel und François Hollande – über den Verhandlungstisch gezogen.

Dennoch lieferte die Ukraine – nach heftigsten internen Auseinandersetzungen und rechtlichen Verrenkungen – als ukrainische Vorleistung eine Änderung der Verfassung, welche die

„Dezentralisierung“ der „Macht“ (ukr. „vlada“, russ.: „vlast“), d. h., der staatlichen territorialen Verwaltung statt der von Russland geforderten „Föderalisierung“ der Ukraine vorsah; des Weiteren verabschiedete die Werchowna Rada ein Gesetz „Über die Sonderregelung der lokalen Selbstverwaltung“ in den „gesonderten Rajons“ der Oblaste Donezk und Luhans'k, welches das Reizwort „Sonderstaus“ vermied. Das Junktim zwischen „Dezentralisierung“ und „Sonderregelung“ war für die „patriotischen Abgeordneten“ ein Dilemma; aus der Rückschau erscheint diese Verbindung wie ein gekonnter Schachzug des Präsidenten Poroschenko.

Worauf Kiew sich bis dato nicht eingelassen hat, ist die russische Forderung nach einem „direkten Dialog“ mit den separatistischen Behörden in der sogenannten „Donezker Volksrepublik“ und der „Lugansker Volkrepublik“. Eine „schleichende Kapitulation“ (Petro Poroschenko) ist das am 1. März 2020 in Minsk von der Trilateralen Kontaktgruppe unterzeichnete Protokoll einer (vorläufigen) Vereinbarung über die Schaffung eines sogenannten „Konsultativ-Rates“, in welchem Vertreter der Marionetten-Regime der nicht-anerkannten „Volksrepubliken“ gleichberechtigt mit den Vertretern Kiews an einem Tisch sitzen sollen.

In der Abhaltung lokaler, d. h. kommunaler Wahlen nach ukrainischem Wahlrecht und nach internationalen Standards in den „Volksrepubliken“ (Punkt 4 des Minsker Maßnahmenpakets) – und das bei fortdauernder Präsenz russischen Militärs auf dem besetzten Territorium – sahen die Vermittler Merkel und Hollande – und die Konfliktpartei Russland – aus verschiedenen Gründen den Schlüssel für die Rückkehr der Sezessionsterritorien unter ukrainische Hoheit. Der Fortbestand der abtrünnigen „Volksrepubliken“, ihre „zentralen“ Pseudo-Regierungen wurden in Minsk nicht in Frage gestellt, ja nicht einmal mit einem Wort erwähnt. Unter dem Begriff „Steinmeier-Formel“ brachte Moskau im Jahre 2019 „lokale Wahlen“ nach langer Pause wieder aufs Tapet – ohne Verknüpfung mit Sicherheitsvoraussetzungen (wie dem Abzug russischer Truppen aus dem Donbass, Entwaffnung der einheimischen „Kämpfer“ (ukr.: „bojovyky“) und Wiederherstellung der ukrainischen Kontrolle über ihre Grenze mit Russland im Abschnitt des Donbass).

Die in Minsk ausgehandelte Waffenruhe und Entflechtung schwerer Artillerie führte bis heute (2020) nicht zu einem nachhaltigen Waffenstillstand. Die Kämpfe – gegenseitiger Artillerie-Beschuss – gehen bis in die Gegenwart, wenn auch stark vermindert, weiter. Der Sprecher des Kreml, Dmitrij Peskov, erklärte, Russland könne bei der Implementation der Waffenstillstandsvereinbarung von Minsk nicht mitwirken, da es nicht Konfliktpartei sei. An dieser Lüge hält Moskau unbeirrbar fest. Dabei ist Russland nicht nur Konfliktpartei, sondern Anstifter des Konflikts – und Kriegspartei.

Die „Minsk-Diplomatie“ befindet sich denn auch in einer Sackgasse. Die von *allen* Seiten bei jeder Gelegenheit geforderte „vollständige Erfüllung der Minsker Vereinbarungen“ ist ein mantrischer

Wechselgesang, der im „Osten“ von Moskau, im „Westen“ – von Seiten der Ukraine wie auch der EU und den USA – bei jeder Gelegenheit wie eine diplomatische Beschwörungsformel angestimmt wird.

Patriotische Politiker sehen in „Minsk II“ ohnehin ein „München II“ – „Appeasement 2015“.

Die europäische Diplomatie hält an ihrem Bekenntnis zu „Minsk“ unerschütterlich fest. Die Geltungsdauer der Sanktionen der Europäischen Union gegen Russland wurde an die „vollständige Umsetzung der Minsker Vereinbarungen“ geknüpft, obwohl sie ursprünglich wegen der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim verhängt wurden, die aber in den Minsker Vereinbarungen mit keinem Wort erwähnt wird.

Weder das Gipfeltreffen (Poroschenko, Putin, Merkel, Hollande) am 23. Juni 2015, noch die Außenminister-Treffen im Normandie-Format in Paris am 23. Juni 2015, am 12. September 2015 in Berlin noch das – nach langer Pause am 11. Juni 2018 in Berlin abgehaltene – Treffen der Außenminister, mit dem das moribunde „Normandie-Format“ reaktiviert wurde, haben den russisch-ukrainischen Konflikt einer Lösung auch nur ein winziges Stück nähergebracht.

Präsident Putin will eine „Regelung“ des „Ukraine-Konflikts“ nur zu seinen Bedingungen, nämlich den Verbleib eines de facto von Kiew unabhängigen, „autonomen“ Donbass im ukrainischen Staatsverband als Hebel für russische Einflussnahme auf die Politik in Kiew, insbesondere auf die auswärtige Orientierung der Ukraine. Diesem Zweck dient auch die Moskauer Forderung nach einem „direkten Dialog“ Kiews mit den Marionetten-Regierungen („DNR“ und „LNR“) in der de facto russischen Besatzungszone im Donbass.

Vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag führt die Ukraine einen „Rechtskrieg“ gegen die Russländische Föderation wegen der Verletzung von zwei Konventionen der Vereinten Nationen – des „Internationalen Übereinkommens zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus“ („Terrorism Financing Convention“), und des „Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung“. Der IGH hat zwar seine Zuständigkeit erklärt, die von der Ukraine beantragten Sofortmaßnahmen wegen des Mangels an Beweisen aber abgelehnt. (Inzwischen hat die Ukraine „sechs Tonnen“ Beweismaterial beigebracht.)

Die Beendigung der kriegesischen Handlungen im Donbass erscheint nur durch die Entsendung einer „robusten“ Friedensmission der Vereinten Nationen möglich. Doch die Vorstellungen von einem Einsatz von Friedenstruppen fallen weit auseinander: Moskau will sie ausschließlich zum Schutz der OSZE-Beobachter entlang der „Kontaktlinie“ eingesetzt wissen, die Ukraine auf dem gesamten Territorium des von Russland kontrollierten Teils des Donbass, was der Kreml aus durchsichtigen Gründen ablehnt. Der Einsatz von „Friedens-(erzwingungs)Truppen“ würde erfahrungsgemäß zur „Einfrierung“ des Konflikts führen, was nicht im Interesse des russischen Präsidenten Putin liegt.

In Putins Ziel-Hierarchie, in der die Reintegration der Ukraine in den Einflussbereich Moskaus von strategischer Bedeutung ist, ist die Legitimierung der russischen Marionetten-Regierungen ein operatives Ziel – und das Köcheln des Konflikts auf kleiner Flamme ein taktisches Mittel.

Über die absehbare Zukunft des russisch besetzten Teils des Donbass lassen sich nur Mutmaßungen anstellen, die zum Schluss des vierten Teils erörtert werden.

Der vierte Teil, „Pax Sinica – die Pazifizierung Eurasiens durch China“, stellt den „Ukraine-Konflikt“ in einen erweiterten Zusammenhang. Die Neuordnung der Welt durch den Aufstieg Chinas zur Weltmacht hat gravierende Folgen für die an dem „neuen Ost-West-Konflikt“ beteiligten Mächte, insbesondere auch für die Russländische Föderation. Die vorhersehbare territoriale Bedrohung Russlands in Sibirien und im russischen Fernen Osten durch seinen „strategischen Partner“ China (in dem vermeintlich „gemeinsamen“ Kampf gegen den Westen) wird die Bedeutung der Ukraine für Russland relativieren; durch Chinas wachsendes Interesse an und Engagement in der Ukraine wird Russland in dieser von ihm beanspruchten „Einflusszone“ unmittelbar herausgefordert. Der „chinesische Faktor“ wird – in welcher Form auch immer – die Lösung des „Ukraine-Konflikts“ bewirken – mutmaßt der Autor.

Der „neue Ost-West-Konflikt“ zwischen der Russländischen Föderation und den Vereinigten Staaten (mit der Europäischen Union im Gefolge) ist ein anachronistischer Zwist im anbrechenden „chinesischen Zeitalter“. Beide, „der Westen“ und „der Osten“, werden zur geopolitischen und geoökonomischen Peripherie des „Reiches der Mitte“ herabsinken, wenn sich die drei geopolitischen Abstiegs Kandidaten – die Europäische Union, die Vereinigten Staaten von Amerika und die Russländische Föderation gegenüber dem (aus 200-jähriger Ohnmacht) wiedererwachten Drachen China nicht verbünden. Nach dem „Jahrhundert der Erniedrigung“ wird der „Chinesische Traum“ von der „Verjüngung der chinesischen Nation“, von der „nationalen Wiederauferstehung“ Wirklichkeit.

Der Niedergang Europas ist vorgezeichnet; durch den „Brexit“ beschleunigt verliert die Europäische Union an „Weltpolitikfähigkeit“ (Timothy Garton Ash⁷): Der amerikanische Hegemon hat seinen Zenit überschritten. Und Russlands regional-strategischer Wiederaufstieg, der durch seine militärische Intervention in Syrien – und infolge des Rückzugs der USA – erreicht wurde, wird durch Chinas Aufstieg zur globalen Macht marginalisiert werden.

China hat sich die „Shanghai Organisation für Zusammenarbeit“ (Shanghai Cooperation Organization), die ursprünglich als „Shanghai Fünf“ der Delimitierung und Demilitarisierung der Grenzgebiete zwischen China, Russland, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan diente – zunutze gemacht, um seinen Einfluss in „Eurasien“ auszudehnen. Inzwischen ist das ehemalige „Zentralasien“ nicht mehr Russlands, sondern Chinas „Hinterhof“. Unter chinesischer Führung expandierte die „SCO“ nach Süden auf den indischen Subkontinent – und selbst die Türkei flirtet mit ihr.

Doch inzwischen ist die „Shanghai Cooperation Organization“ mit ihrer mühsamen Konsensbildung für Peking ein Hindernis auf Chinas Weg nach vorn und nach oben. Die „SCO“ wurde längst auf der „neuen Seidenstraße“ überholt, auf der China durch die „Belt and Road Initiative“ seines Präsidenten Xi Jinping zur Weltspitze eilt. Mit gigantischen Infrastruktur-

7 In einem Gespräch mit Klaus Kleber (ZDF/Tagesthemen) am 31. Januar 2020 beklagte der britische Historiker Timothy Garton Ash Europas Verlust an „Weltpolitikfähigkeit“ durch den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union.

projekten in transkontinentalen „Wirtschaftsgürteln“ und auf der „maritimen Seidenstraße des XXI. Jahrhunderts“ schafft China einen breiten Zugang für seine Produkte – und Ideen – nach Europa, Asien und Afrika und erobert so auf friedlichem Wege die halbe Welt. Doch Handelswege lassen sich leicht in „Heerstraßen“ verwandeln – aber auch in „Rettungsgassen“ für die Lieferung medizinischer Hilfsgüter zur Bekämpfung des Corona-Virus „COVID-19“ aus China nach Europa – zur Stärkung der wohlwollenden „Soft power“ des autoritären Reiches der Mitte.

Staatliche und private Konzerne sind Chinas moderne „Handelskompanien“ (analog den „Kompanien“ der europäischen Kolonialzeit), unter denen „Huawei“ – als angeblich im Dienste von Partei und Staat stehende – technologische „Führungsmacht“ im Westen den Status eines „Schurken-Unternehmens“ erhalten hat.

Chinas neue Seidenstraße ist mit Schuldenfallen vermint, durch die asiatische und afrikanische Entwicklungsländer in die Abhängigkeit einer neuen, modernen quasi-Kolonialmacht geraten. Doch die eigentliche Herausforderung ist die „digitale Seidenstraße“ – Chinas Trasse für den Ideologie-Transfer, die für Europa und Nordamerika viel gefährlicher ist. China trachtet nicht nur nach eigener „Cyber-Souveränität“, sondern nach der Kontrolle der globalen Kommunikationsinfrastruktur, damit nur die Weltanschauung des neuen „Großen Steuerherrschafters“, die frohe Botschaft des Präsidenten Xi Jinping, die Welt erreicht. Unter dem Stichwort „Cyber-Security“ versucht China, auf internationaler Ebene seine Normen der digitalen Kommunikation durchzusetzen. Unter der wohlwollenden sino-zentristischen, autoritären Weltherrschaft Chinas – der „Community of Common Destiny“/„CCD“ – soll die „liberaldemokratische Ordnung des Westens“ abgeschafft und das „Reich der Mitte“ zum Zentrum der zukünftigen Weltordnung werden.

Den ideologischen „Überbau“ für die zukünftige sino-zentrierte Weltordnung hat Xi Jinping, der Staatspräsident der Volksrepublik China und Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas, persönlich konstruiert: Ein seidener „Nationaler Sozialismus“ unter Hammer und Sichel. Die Weltanschauung „Wohlstand durch Autokratie“ soll die „liberale Ordnung des Westens“ ablösen und Chinas benevolente Dominanz (sprich „Weltherrschaft“) ideologisch absichern.

Dagegen ist das russische Exportgut für Europas anachronistische neo-nationalistische Konsumenten, der „Putinismus“, der mit Xi Jinpings Ideologie die autoritäre Komponente gemeinsam hat, nicht mit der chinesischen immateriellen Waffe konkurrenzfähig – so wenig wie Russlands reale Wirtschaft mit der chinesischen. Im „Putinismus“ sieht Vladislav Surkov, der ehemalige „Chef-Ideologe“ des Kreml⁸ den Namensgeber Wladimir Putin in einem „Tausendjährigen Reich“ (wörtlich in einem „langlebigen Staat“, „dolgoe gosudarstvo Putina“) über dessen (politischen) Tod hinaus (voraussichtlich im Jahre 2036 nach der Verfassungsänderung vom Frühjahr 2020) weiterleben.

8 Surkov ist der Erfinder des Konzepts der „souveränen Demokratie“.

Den Westen hat wieder einmal die Angst vor der „Gelben Gefahr“⁹ erfasst, die dieses Mal – anders als in der europäischen Kolonialzeit – nicht imaginär, sondern real ist. Der Aufstieg Chinas zum neuen globalen Hegemon fordert die USA heraus wie kein Land zuvor. Präsident Trump hat gegen die neue „Yellow Peril“ einen Handelskrieg vom Zaun gebrochen, und versucht, die rasant aufsteigende Technologie-Macht durch Export- und Investitionskontrollen „einzudämmen“.

In Europa versucht China die Europäische Union durch die Initiative „16 plus 1“ zu spalten, wobei insbesondere Deutschland das Ziel des chinesischen Angriffs auf das „One Europe“ Prinzip ist. Doch auch die somnambule Europäische Union ist aufgewacht: Auf dem XXI. Gipfeltreffen EU – China am 9. April 2019 in Brüssel gelang es den Europäern, die Chinesen in einem „Strategischen Ausblick“ („Strategic Outlook“) zumindest zu mehr Fairness in den Wirtschaftsbeziehungen zu nötigen.

Für die Bildung einer Abwehr-Front der geopolitischen Absteiger des „Ostens“ und des „Westens“ gegen die chinesische Herausforderung, sozusagen einer „Anti-Chinesischen Mauer“, ist die offene Klärung der Schuldfrage an dem neuen „Ost-West-Konflikt“ unabdingbar. Es war vornehmlich die Arroganz des „Siegere“ im Kalten Krieg, die „Eurasien-Politik“ der Vereinigten Staaten, die durch eine Neuauflage der „containment policy“ (George F. Kennan, 1947) die geopolitische Wiedererstarkung der – aus den Trümmern der kollabierten Sowjetunion hervorgegangenen – Russländischen Föderation zu verhindern trachtete. Mitschuld durch Unterlassung tragen die maßgeblichen Regierungen der Europäischen Union durch die Missachtung von Moskaus „pan-europäischen“ Initiativen – Putins Vorschlag eines Freihandelsraums „von Lissabon bis Wladiwostok“, und Medwedews Sicherheits- und Verteidigungsarchitektur „vom Atlantik bis zum Pazifik“. Sicher spielt auch die reaktive „Selbst-Viktimisierung“ Russlands (die vermeintliche „militärische Umzingelung“) eine Rolle.

Russlands Abkehr von Europa ist nachvollziehbar (um das zum Unwort mutierte Wort „verständlich“ zu vermeiden). Russlands „Wende nach Osten“ ist sowohl eine emotionale als auch eine strategische Reaktion auf die faktische Zurückweisung durch „Europa“. Für Sergej Karaganov, den außenpolitischen Berater des Präsidenten Putin und Vorsitzenden des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik,¹⁰ ist nunmehr „Groß-Eurasien“ ein „russischer Traum“. Auf dem IV. Östlichen Wirtschaftsforum (Vostočnyj ékonomičeskij forum) im Jahre 2018 in Wladiwostok (11.–13. September) erklärte Karaganov in einem Vortrag („Auf zum Stillen Ozean!“), wie Russland sein „asiatisches Wesen“ („aziatskost“) im Selbstbewusstsein des russischen Volkes verankern könne – ein Ausdruck tiefster Enttäuschung über die Zurückweisung Russlands durch „Europa“.

9 Ironischerweise gilt der russisch-stämmige Franzose Jacques Novikov (russ.: Jakov Aleksandrovič Novikov, 1849–1912) als Erfinder dieses rassistischen Begriffs: „Le péril jaune“, 1897.

10 Karaganov ist Dekan der Fakultät für Weltwirtschaft und Weltpolitik an der Nationalen Forschungsuniversität „Hochschule für Wirtschaft“ (NIU VŠĚ).

Doch Anti-Amerikanismus ist sicher kein dauerhafter Kitt für ein „russisch-chinesisches Tandem“. Russlands neue „strategische Partnerschaft“ mit China leidet an einer „Großen Illusion“. Russland spielt für Chinas Aufstieg nur als „Ressourcen-Hinterland“ eine Rolle – und bleibt bei der imaginären „multipolaren“ Neuordnung der Welt nur ein Junior-Partner Chinas, das nach unipolarer Suprematie (sprich „Weltherrschaft“) strebt, nicht nach einem Anteil einer aufgeteilten Welt.

In einem Essay befasste sich Vladislav Surkov, der Vordenker des Kreml – und Koordinator der russischen Interventionsaktivitäten im Donbass (!) – im April 2018 mit der Jahrhunderte alten Frage, ob Russland „zu Europa gehöre“ oder ob Russland eine „eigene Zivilisation“ darstelle und deshalb einen „Sonderweg“ gehen solle. Surkov prophezeite der Russländischen Föderation in der Epoche „14 plus“, d. h. in der Zeit nach dem Jahr 2014, das er als „Abschluss von Russlands epischer Reise in den Westen“ bezeichnet, „hundert Jahre geopolitischer Einsamkeit“.¹¹

Anders als Karaganov und Surkov bleibt Präsident Putin Realist: Im August 2018 besuchte er Kanzlerin Merkel in Berlin, um den „Gesprächsfaden von Sotschi wiederaufzunehmen“, konkreter, um die Bereitschaft eines schrittweisen Neubeginns in den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland zu sondieren.

Eine Wiederannäherung zwischen der EU und der RF hat nur durch die strikte Ökonomisierung der Beziehungen Aussicht auf Erfolg, d. h., durch den Verzicht auf den Export sogenannter europäischer „Werte“. Gemeinsame ökonomische Interessen statt gegenseitigen Vertrauens muss die Richtschnur sein. Ein Dialog zwischen der Europäischen Union und der *Eurasischen* Wirtschaftsunion über Freihandel könnte am Anfang stehen.

Es ist klar, dass die beiden geopolitischen Absteiger, die Europäische Union und die Russländische Föderation, die neue „europäische Teilung“ überwinden und ein Abwehrbündnis gegen die chinesische Herausforderung bilden müssen, wenn sie nicht gemeinsam an den Rand gedrängt werden wollen. Nur ein „Größeres Europa“ statt eines „Größeren Eurasien“ bewahrt beide, die EU und RF, vor geopolitischem und geoökonomischem Bedeutungsverlust.

Doch der „Ukraine-Konflikt“, der in Wirklichkeit Russlands „Ukraine-Problem“ ist, stellt ein schier unüberwindbares Hindernis für die „Normalisierung“ der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Russländischen Föderation dar. Ein Ende des russischen Zermübungskrieges im ukrainischen Donbass ist nicht in Sicht. Der „Zwischenfall von Kertsch“ erscheint wie der Beginn eines hybriden Seekrieges um das Asowsche Meer. Russlands neo-imperialistischer Anspruch auf Integration der Ukraine in seine „Einflussosphäre“ stößt auf kompromisslose Ablehnung in der Europäischen Union, die auf der regel-basierten Ordnung, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen wurde, beharrt, und die sie mit Sanktionen

11 Surkov, Vladislav: Odinočestvo polukrovki 14+ (Die Einsamkeit des Halblbluts), in: Rossija v global'noj politike, 09.04.2018; <<https://globalaffairs.ru/global-processes/odinochestvo-polukrovki-14-19477>>. <<https://globalaffairs.ru/number/-19490>>. Surkov, Vladislav: Čto let geopolitičeskogo odinočestva, in: Rossija v global'noj politike, 09.04.2018; <<https://globalaffairs.ru/global-processes/odinochestvo-polukrovki-14-19477>>.

verteidigt. Der angebliche „Staatsstreich“ im Jahre 2014 ist eine völlig haltlose Rechtfertigung für Russlands anhaltende hybride Aggression im Donbass.

Im Jahre 2019 wurden in der Ukraine in freien und fairen Wahlen ein neuer Präsident und ein neues Parlament gewählt. Die Zustimmung zur Bildung eines „Konsultativ-Rates“ – mit gleichberechtigter Beteiligung von Vertretern der Marionetten-Regime der (selbst von Russland) nicht-anerkannten sogenannten „Volksrepubliken“ im Donbass – zur Umsetzung des „Minsker Abkommens“ („Minsk II“) – lässt vermuten, dass Präsident Selenski sein Wahlversprechen „Frieden“ um jeden Preis einhalten will. Die patriotische Opposition sieht in dieser Initiative eine „schleichende Kapitulation“.

Abschließend werden einige alternative Konzepte für eine Regulierung des „Ukraine-Konflikts“ erwogen – ohne schlüssige Folgerungen. Die Hoffnung auf die Zeit „nach Putin“ erscheint manchen Beobachtern eine prospektive Option. Der ehemalige US-amerikanische Botschafter in Moskau, Michael McFaul empfiehlt „strategische Geduld“ – und setzt damit auf die Ära „nach Putin“. Doch ist ein politischer „Wandel“ in Russland völlig ungewiss wenn nicht unwahrscheinlich, zumal Putin sich im ersten Quartal praktisch zum Präsidenten auf Lebenszeit (2036, Alter 83) küren ließ.

Chinas Interesse an der Ukraine äußert sich – noch – verhalten; doch es ist offensichtlich, dass Beijing das große Land zwischen der Europäischen Union und Russland für seine interkontinentalen Infrastrukturpläne im Visier hat – und die ukrainische Schwarzerde als Chinas zukünftige „Kornkammer“.

Eine Lösung des neuen „Ost-West-Konflikts“ – und damit des „Ukraine-Konflikts“ – erscheint am wahrscheinlichsten durch dessen Bedeutungsverlust. Im „chinesischen Jahrhundert“ wird in absehbarer Zeit China der entscheidende Faktor sein, der internationale Konflikte in seinem Interesse schürt – oder beendet.

Winfried Schneider-Deters
Kiew und Heidelberg im Oktober 2020

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Anmerkungen zur Umschrift	35
Abkürzungsverzeichnis	41
Teil I:	
Der „russische Frühling“ in „Neurussland“	47
Kapitel I.1	
Gegenwind aus „Südost“	49
I.1.1 Der „Anti-Majdan“ in der „Provinz“ – Protest gegen den Machtwechsel in Kiew	49
I.1.2 Der „Charkower Kongress“ der „Partei der Regionen“	52
Kapitel I.2	
Separatistisches Wetterleuchten im „Süd-Osten“	57
I.2.1 Das Gespenst des Separatismus	57
I.2.2 Die tieferen Wurzeln des Separatismus im Donbass.	58
Kapitel I.3	
Russland – Schutzmacht der „russischen Welt“	62
I.3.1 Die „Putin-Doktrin“	62
I.3.2 Die „Große Lüge“ – der russische Propaganda-Feldzug gegen die Ukraine.	66
Kapitel I.4	
Die Zweisprachigkeit der Ukraine – Einfallstor für russische Propaganda	69
I.4.1 Russisch – keine „Minderheitensprache“ in der Ukraine	69
Kapitel I.5	
Exkurs: Die „Separatistische Internationale“	75
Kapitel I.6	
Der ukrainische Nationalismus	77
I.6.1 Der „nachholende Nationalismus“ einer „unerwarteten Nation“	77
I.6.2 Kollaboration mit der Wehrmacht.	78
I.6.3 Der „ukrainische Faschismus“ – ein russischer Popanz	79
Kapitel I.7	
Präsident Putins Sezessionsprojekt „Neurussland“	84
I.7.1 Die Operation „Russischer Frühling“	84
I.7.2 „Föderalisierung“ der Ukraine – camouflierter Separatismus	88

Kapitel I.8

Separatistische Agitation – russischer Brandbeschleuniger 90

I.8.1 Konfliktpartei Russland 90

I.8.2 Russische Unterstützung der militanten Separatisten 91

Kapitel I.9

Ein „Krim-Szenarium“ für den Osten der Ukraine –

Russischer Aufmarsch an der Grenze..... 97

Kapitel I.10

Vom „Anti-Majdan“ zur Sezession im Donbass 99

I.10.1 „Majdan“ und „Anti-Majdan“ in Donezk und Luhans’k 99

I.10.2 Die Machtergreifung der Separatisten in Donezk 100

I.10.3 Die Proklamation der sogenannten „Volksrepubliken“ Donezk und Luhans’k. 102

I.10.4 Das Projekt „Neurussland“: gescheitert 105

Kapitel I.11

Beginn der „Antiterroristischen Operation“ 110

Kapitel I.12

Der „2. Mai“ in Odessa – tragische Kulmination

des „russischen Frühlings“..... 113

I.12.1 Die „Tragödie von Odessa“ 113

I.12.2 Das „Vorspiel“ der Tragödie auf dem „Griechischen Platz“ 115

I.12.3 Der Brand im „Haus der Gewerkschaften“ 118

I.12.4 Brandentwicklung und Todesursachen 124

I.12.5 Verzögerter Einsatz der Feuerwehr 126

I.12.6 Untätigkeit der Polizei 128

I.12.7 Der parlamentarische Untersuchungsausschuss – geringer Erkenntniswert der Ermittlungen 130

I.12.8 Der Bericht des „International Advisory Panel“ des Europa-Rates – ein vernichtendes Urteil 131

I.12.9 Die justizielle Aufarbeitung des „2. Mai“ – eine Farce 135

I.12.10 Der „2. Mai“ – eine Steilvorlage für die russische Propaganda 140

Kapitel I.13

Die „russisch besetzte Zone“ im Donbass 144

I.13.1 Die Bevölkerung – Opfer des Krieges 144

I.13.2 Russland – „Beschützer oder Besatzer“? 145

I.13.3 Moskaus Marionetten-Regime in seiner Besatzungszone 147

Kapitel I.14

Das Europäische Parlament – „volle Unterstützung“ 149

Kapitel I.15	
Deutsches „Verständnis“ für Putins aggressive Ukraine-Politik	156
I.15.1 Entspannung und Beschwichtigung	156
I.15.2 Exkurs: Deutschlands besondere historische Verantwortung gegenüber der Ukraine	157
 Teil II:	
Die Annexion der Krim	161
 Kapitel II.1	
Nach dem russisch-georgischen Krieg – Die Krim „das nächste Ziel“? ...	163
 Kapitel II.2	
Russlands dubioser historischer Anspruch	165
II.2.1 Die Krim: „... auf ewig russisch“	165
II.2.2 Chruschtschows „Geburtstagsgeschenk“	167
II.2.3 Die internationalen Grenzen der „Gemeinschaft der (neuen) Unabhängigen Staaten“	169
II.2.4 Die erste Unabhängigkeitserklärung der Krim – die „Autonome Sozialistische Sowjetrepublik Krim“	170
 Kapitel II.3	
Der russische „Mythos Krim“	172
 Kapitel II.4	
Der Irredentismus der „Krim-Russen“ – „Rückkehr nach Russland“	175
 Kapitel II.5	
Die Annexion der Krim durch Russland im Jahre 2014	179
II.5.1 „Die Krim ist unser“ – die propagandistische Vorbereitung der Annexion ...	179
II.5.2 Die Landung der „Grünen Männchen“ – die militärische Vorbereitung der Annexion	180
II.5.3 Die Besetzung der Parlaments- und Regierungs-Gebäude der A. R. Krim ...	183
II.5.4 Das „Referendum“ vom 16. März 2014	185
II.5.5 Der „Anschluss“ der Krim an Russland	187
II.5.6 Die Wahl zur Staatlichen Duma der Russländischen Föderation am 18. September 2016 auf der Krim	190
II.5.7 Die „Heimholung“ der Krim – Putins Triumph	192
 Kapitel II.6	
Die Ohnmacht der neuen Macht in Kiew	196
II.6.1 Die russische Besetzung der Krim – ohne ukrainische Gegenwehr	196
II.6.2 Die ukrainische Armee – abgewrackt	199

Inhaltsverzeichnis

II.6.3	Die ukrainische Marine – Desertion von der Kommandobrücke.	201
II.6.4	Frustrierte Versuche ukrainischer Gegenwehr.	204
II.6.5	Die Krim: ein „Bauernopfer“ – russische Bedrohung aus dem Norden.	209
II.6.6	Die Annexion der Krim – Nutzung einer günstigen Gelegenheit oder von langer Hand vorbereitet?	212
Kapitel II.7		
Die Reaktion der „internationalen Gemeinschaft“		215
II.7.1	Die Vereinten Nationen: Nichtanerkennungspolitik	215
II.7.2	Der Europa-Rat: Suspendierung des Stimmrechts der Russländischen Föderation	218
II.7.3	Die Europäische Union: Sanktionen.	219
II.7.4	Deutschlands appellative Politik	229
II.7.5	Die „Schwarze Liste“ der USA	234
Kapitel II.8		
Der „Fall Krim“ im internationalen Recht		235
II.8.1	Relevante völkerrechtliche Grundsätze	235
II.8.2	Die russische Kehrtwende im Völkerrecht	249
II.8.3	Die russische „Recht“-fertigung der Annexion.	254
II.8.4	Missbrauch völkerrechtlicher Prinzipien.	257
II.8.5	Das „Referendum“ – Ausdruck des „Allgemeinen Willens“ nach J.-J. Rousseau	270
II.8.6	Politische Rechtfertigung der Annexion	273
II.8.7	Der Fall Krim – das völkerrechtliche Urteil: Aggression und Annexion.	282
II.8.8	Juristische Schützenhilfe aus dem Westen.	287
II.8.9	Das Recht des Stärkeren.	288
Kapitel II.9		
Der Kosovo – ein „unglücklicher Präzedenz-Fall“		291
Kapitel II.10		
Russischer Vertragsbruch		295
II.10.1	Das „Budapester Memorandum“ – Makulatur.	295
II.10.2	Der „Große Vertrag“ über „Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft“	301
II.10.3	Der „Flottenvertrag“	303
II.10.4	Die Schlussakte von Helsinki	305
Kapitel II.11		
Die angebliche „terroristische Bedrohung“ der Krim durch die Ukraine.		307
II.11.1	Die „ukrainische Gefahr“	307
II.11.2	EU und USA: Mahnung zur Zurückhaltung.	314

Kapitel II.12	
Die Militarisierung der Krim: Russlands verankerter „Flugzeugträger“ im Schwarzen Meer	316
Kapitel II.13	
Der wirtschaftliche Verlust der Ukraine	320
Kapitel II.14	
Die Krim-Tataren: Eine „nationale Minderheit“ im eigenen Land	321
II.14.1 Die Krim-Tataren – erneut Opfer von Repressionen	321
II.14.2 Die juristischen Repressionsinstrumente	324
II.14.3 Krim-tatarischer Widerstand	333
II.14.4 Krim-tatarische „Kollaboration“ mit der russischen Besatzungsmacht.....	338
II.14.5 Minderheitenschutz für die Krim-Tataren.....	341
Kapitel II.15	
Die Krim-Tataren und die Ukraine	351
II.15.1 „Nationale Autonomie“ der Krim-Tataren?.....	351
II.15.2 Die Anerkennung der Krim-Tataren als „indigenes Volk“ der Halbinsel Krim .	355
II.15.3 Die „krim-tatarische Frage“: für unbestimmte Zeit auf Eis.....	356
Kapitel II.16	
Die Türkei – Schutzmacht der Krim-Tataren?	358
II.16.1 Traditionelle Verbundenheit der Türkei mit den Krim-Tataren	358
II.16.2 Der Vorrang wirtschaftlicher Interessen – die türkische Kooperation mit Russland	364
Kapitel II.17	
Die Krim: Ein neuer „eingefrorener Konflikt“?	371
II.17.1 Ein neues Referendum auf der Krim? Der Versuchsballon der Präsidentschaftskandidatin Sobčak	371
II.17.2 Tausch: Frieden im Donbass gegen Akzeptanz der Annexion der Krim.	372
II.17.3 Die „Rückkehr der Krim“ – eine magische Beschwörungsformel.	374
II.17.4 Russland: Die „Krim-Frage“ geschlossen.....	375
Kapitel II.18	
Die Krim – Putins „letztes Ziel“?	378

Teil III:

Russlands hybride Aggression gegen die Ukraine..... 381

Kapitel III.1

Der hybride Krieg als „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ 383

III.1.1 Theorie der „Vervollkommnung der Kriegskunst“ 383

III.1.2 Das „Drehbuch“ des russischen Generalstabschefs Gerasimov
für den hybriden Krieg gegen die Ukraine 387

III.1.3 Die Anwendung von Gerasimovs Theorie „Vom hybriden Krieg“ auf die Ukraine 390

Kapitel III.2

Der Krieg im Donbass 395

III.2.1 Ukrainischer „Bürgerkrieg“ – Moskaus offizielles Narrativ 395

III.2.2 Der separatistische „Aufstand“ im Donbass – eine „Spezialoperation“
russischer „Sonderdienste“ 396

III.2.3 Vom Majdan in Kiew auf das Schlachtfeld im Donbass – Kriegsfreiwillige
und zivile Helfer 399

III.2.4 Die „Freiwilligen-Bataillone“ – die Aufständischen von gestern gegen
die Aufständischen von heute 400

III.2.5 Radikaler Nationalismus in den Reihen der Freiwilligen-Bataillone –
„Kämpferischer Patriotismus“ (A. Umland)..... 402

III.2.6 Der „Rechte Sektor“ 404

III.2.7 Das Bataillon „Azov“ – ein Hort des Neo-Nationalsozialismus? 406

III.2.8 Kriegsfreiwillige und Kriegsgewinnler 411

Kapitel III.3

„ATO“ – die „Antiterroristische Operation“ 415

III.3.1 „Terrorismus-Bekämpfung“ – nicht „Krieg“ 415

III.3.2 Die ukrainische Armee – abgewrackt 416

III.3.3 Das „militärische Wunder“ (Peter Dickinson)..... 418

III.3.4 Die Sezessionstruppen in der Defensive – Einsatz durch reguläre
russische Truppen 421

III.3.5 Waffen aus den USA – „lethal“ und „non-lethal“ 422

Kapitel III.4

Russlands unerklärter Krieg gegen die Ukraine..... 424

III.4.1 Kriegspartei Russland – verdeckte Inkursionen regulärer russischer Truppen . 424

III.4.2 Russen in den Führungspositionen der „Streitkräfte“ der „Volksrepubliken“ .. 428

III.4.3 Russische Waffenlieferungen an die separatistischen Kämpfer im Donbass ... 430

III.4.4 Die Präsenz regulärer russischer Soldaten im Donbass – „Unglaubliche
Bestreitbarkeit“ 431

III.4.5 Russische Söldner im Donbass – die „Gruppe Wagner“ 436

III.4.6 Die „humanitäre Invasion“ – „Trojanische Konvois“ 440

Kapitel III.5	
Die „Streitkräfte“ der „Volksrepubliken“ – Moskaus Auxiliärtruppen....	448
Kapitel III.6	
Flug MH 17 – Abschuss über dem Donbass.....	451
III.6.1 Auf der Suche nach der Wahrheit	451
III.6.2 Leugnung trotz erdrückender Beweislast	456
III.6.3 Bellingcat – der Wahrheit auf der Spur.....	459
III.6.4 Der Abschuss der Boeing MH 17 – ein Irrtum?	466
III.6.5 Russland in der Verantwortung?	467
Kapitel III.7	
Die militärische Katastrophe von Ilovajs’k – ein nationales Trauma	475
III.7.1 Der „Kessel von Ilovajs’k“	475
III.7.2 Die Freiwilligen-Bataillone – in Ilovajs’k im Stich gelassen?	478
III.7.3 Die Verluste der „Ilovajs’ker Tragödie“.....	483
III.7.4 „Ilovajs’k“ – Die Schuldfrage.....	484
Kapitel III.8	
Die Verteidigung des Flughafens von Donezk – ein neuzeitliches Heldenepos.....	491
III.8.1 Die „Kyborger“ in der „Winter-Schlacht“: ein patriotischer Mythos.....	491
III.8.2 Die zivilen Opfer des Artillerie-Beschusses	496
III.8.3 Die Hafenstadt Mariupol’ unter stählernem „Hagel“	496
Kapitel III.9	
„Debal’ceve“ – die dritte Niederlage der Regierungstruppen	498
III.9.1 Flagranter Bruch der Waffenstillstandsvereinbarung von Minsk	498
III.9.2 Der „Kessel von Debal’ceve“ – „geordnete Flucht“ der ukrainischen Armee... ..	500
III.9.3 Nach „Minsk II“ – Brüchiger Waffenstillstand.....	503
Kapitel III.10	
Ende der „ATO“ – Beginn der „OOS“	504
III.10.1 Beendigung der „Antiterroristischen Operation“ – Beginn der „Operation der Vereinigten Kräfte“	504
III.10.2 Das „Gesetz über die Deokkupation des Donbass“.....	507
Kapitel III.11	
Die Opfer des Krieges im Donbass – Gefallene und Verwundete, Gefangene und Vermisste	511
III.11.1 Die Todes-Bilanz nach fünf Jahren Krieg.....	511
III.11.2 Russische Söldner und Soldaten – die verheimlichten Toten	514

III.11.3	Verluste ohne Feindeinwirkung in der ATO-Zone – kein Thema für die Öffentlichkeit	517
III.11.4	Kriegsgefangene und Vermisste	519
III.11.5	Binnenflüchtlinge – die „IDPs“ aus dem Donbass	520
Kapitel III.12		
Der „Minsk-Prozess“ – Versuch einer internationalen Konfliktregelung.		523
III.12.1	Eine neue Aufgabe für die OSZE – die Sonderbeobachter-Mission „SMM“ in der Ukraine	523
III.12.2	Die „Genfer Erklärung“ vom April 2014 zur Lage in der Ukraine	524
III.12.3	Die Erklärung der Staats- und Regierungschefs der „G 7“ und der Europäischen Union zur Ukraine vom 26. April 2014 – ein Realitätsgewinn . .	525
III.12.4	Das Memorandum des ukrainischen Parlaments über „gegenseitiges Verständnis und Frieden“ vom Mai 2014	528
III.12.5	Präsident Poroschenkos „Friedensplan“ vom 20. Juni 2014	530
III.12.6	Das Treffen mit Vertretern der abtrünnigen „Volksrepubliken“ in Donezk . . .	533
III.12.7	Der „russisch-ukrainische Konflikt“ im Weltsicherheitsrat	534
III.12.8	Die „Trilaterale Kontakt-Gruppe“ – „TKG“	535
III.12.9	„JCCC“ – das „Gemeinsame Zentrum für Kontrolle und Koordination“	537
Kapitel III.13		
„Minsk I“		540
III.13.1	Die Umkehr des „Kriegsglücks“ der Regierungstruppen durch die Inkursion russischer Truppen	540
III.13.2	Das „Minsker Protokoll“ vom 5. September 2014	543
Kapitel III.14		
„Minsk II“ – ein diplomatischer Strohalm		546
III.14.1	Emergency diplomacy: Merkels und Hollandes „Friedensfahrt“ nach Moskau	546
III.14.2	Die 51. Münchner Sicherheitskonferenz vom 6. bis 8. Februar 2015 – die Ukraine im Zentrum	549
III.14.3	Der Vierergipfel vom 11. und 12. Februar 2015 in Minsk	552
III.14.4	„Minsk II“ – Das Ergebnis	553
Kapitel III.15		
Die Reform der Verfassung – eine Vorleistung der Ukraine.		558
III.15.1	Der politische Teil des Minsker Abkommens – der heikle Punkt 11 des Maßnahmenpakets und seine „Anmerkung“	558
III.15.2	„Dezentralisierung“ statt Föderalisierung	560
III.15.3	Das Gesetz „Über die Sonderregelung der lokalen Selbstverwaltung in den „gesonderten Rajons“ der Oblaste Donezk und Luhans’k“	563

III.15.4	Das Verfassungsänderungsgesetz – die Auseinandersetzung um den Verfassungsrang der „Sonderregelung“ für die „gesonderten Rajons“ des Donbass.....	568
III.15.5	Russlands negative Reaktion auf die legislativen Initiativen der Ukraine.....	585
Kapitel III.16		
	„Lokale Wahlen“ in „Gesonderten Rajons“ des Donbass.....	588
III.16.1	Die Wahlen am 2. November 2014.....	588
III.16.2	Lokale Wahlen – Punkt 4 des Minsker „Maßnahmenpakets“.....	589
III.16.3	Verschiebung der lokalen Wahlen in den „gesonderten Rajons“ – dank Putin?.....	592
Kapitel III.17		
	Die „Minsk-Diplomatie“ in der Sackgasse.....	597
III.17.1	Die „vollständige Erfüllung der Minsker Vereinbarungen“ – ein mantrischer Wechselgesang.....	597
III.17.2	Der Fortbestand der „Volksrepubliken“ – in Minsk nicht in Frage gestellt.....	599
III.17.3	Die russischen Verpflichtungen aus dem Minsker Abkommen.....	600
III.17.4	Kiews „direkter Dialog“ mit den Marionetten-Regimen – Moskaus diplomatische Konstante.....	601
III.17.5	Die Minsker Vereinbarungen – „alternativlos“.....	602
III.17.6	„Minsk II“ – ein München II? Appeasement 2015.....	606
Kapitel III.18		
	Die „Einmischung“ der USA in den „Minsk-Prozess“.....	607
III.18.1	Washington und Moskau – Marginalisierung der europäischen Diplomatie?..	607
III.18.2	Der „Nuland-Karasin-Kanal“: Ein bilaterales russisch-amerikanisches Verhandlungsformat.....	608
Kapitel III.19		
	Die europäische „Minsk-Diplomatie“ im „Normandie-Format“ – Tod und Auferstehung.....	611
III.19.1	Das „Normandie-Format“ – in Frage gestellt.....	611
III.19.2	Das Normandie-Quartett: unerschütterliches Bekenntnis zu „Minsk“.....	612
III.19.3	Das Gipfeltreffen im Normandie-Format vom 2. Oktober 2015 in Paris – „endgültige Lösung des Ukraine-Konflikts“ oder erster Schritt auf dem Wege nach „Minsk III“?.....	620
III.19.4	Das Gipfeltreffen im Normandie-Format vom 19. Oktober 2016 in Berlin – „keine Wunder“ (Angela Merkel).....	626
III.19.5	Reaktivierung des Normandie-Formats – Außenminister-Treffen am 11. Juni 2018 in Berlin.....	627
III.19.6	Das Gipfeltreffen im Normandie-Format vom 9. Dezember 2019 in Paris – kein Durchbruch.....	631

III. 19.7	Die ominöse „Steinmeier-Formel“ – ein diplomatischer Fetisch.....	633
III.19.8	Der „Minsker Beirat“ – Kiews „schleichende Kapitulation“	645
III.19.9	Die perfide Initiative „Inter-parlamentarischer Dialog für Frieden, Ukraine-Russland-Deutschland-Frankreich“	655
III.19.10	Die 56. Münchner Sicherheitskonferenz 2020 – Präsident Selenski „Antrittsrede“	657
III.19.11	„Zwölf Schritte“ zur Stärkung der Sicherheit der Ukraine – das „Münchner Komplott“	659
Kapitel III.20		
Die tabuisierte „Patent-Lösung“ des Konflikts:		
Verzicht der Ukraine auf die „okkupierten Territorien“		
III.20.1	Die totale Russifizierung des besetzten Teils des Donbass – die „leise Abspaltung“.....	671
III.20.2	Ukrainische Akzeptanz der Sezession – ein Tabu.....	672
III.20.3	Der „Jenseitige Donbass“ – die Meinung der Bevölkerung im abtrünnigen Teil des Donbass	674
Kapitel III.21		
Der Rechtskrieg vor dem Internationalen Gerichtshof:		
„Die Ukraine gegen die Russländische Föderation“		
III.21.1	Die ukrainische Klage: Verletzung zweier UN-Konventionen durch Russland	683
III.21.2	Russische Gegenargumente – eine „Kollektion von Falschaussagen“ (Serhij Sydorenko).....	684
III.21.3	Der juristische Schlagabtausch zwischen den Anwälten	688
III.21.4	Antrag der Ukraine auf „Sofortmaßnahmen“ des IGH – abgelehnt.....	691
III.21.5	Die Klage der Ukraine: Sechs Tonnen Beweise.....	692
III.21.6	Die Klagen der Ukraine vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.....	693
Kapitel III.22		
„Blauhelme“ im Donbass?		
Kapitel III.23		
Die Zukunft des „Südost-Donbass“ – ein „eingefrorener Konflikt“?		
III.23.1	Die reale Bedeutung des „Minsker Abkommens“	699
III.23.2	Die Einfrierung des Konflikts – Putins Exit-Strategie?.....	700
III.23.3	Die Ukraine in Putins Ziel-Hierarchie	701
III.23.4	Mutmaßungen über die absehbare Zukunft	707
III.23.5	„Erzwingung brüderlicher Beziehungen“ (Vladislav Surkov)	708

Teil IV:	
Pax Sinica – die Pazifizierung Eurasiens durch China	711
Kapitel IV.1	
Der „neue Ost-West-Konflikt“ – ein gefährlicher Anachronismus im anbrechenden „chinesischen Zeitalter“	713
IV.1.1 „Der Westen“ und „der Osten“ – die zukünftige Peripherie des „Reiches der Mitte“	713
IV.1.2 Der Wandel der geopolitischen „Polaritäten“	713
IV.1.3 Die drei geopolitischen Abstiegs Kandidaten	715
Kapitel IV.2	
Der wiedererwachte Drache	722
IV.2.1 Wiederauferstehung Chinas aus 200-jähriger Ohnmacht	722
IV.2.2 Weltmacht China – eine Vision in geplanten Etappen	724
IV.2.3 Die friedliche Eroberung der Welt	725
Kapitel IV.3	
Die „Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit“ – Beijings eurasischer Einflusshebel	730
IV.3.1 Die „Drei Übel“: Terrorismus, Extremismus, Separatismus	730
IV.3.2 Expansion nach Südasien	731
IV.3.3 Die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit – auf der „neuen Seidenstraße“ überholt	732
IV.3.4 „Größeres Eurasien“ – Moskaus Gegenentwurf zur SCO	733
IV.3.5 Washingtons Versuch der Gegensteuerung	734
Kapitel IV.4	
Chinas „Belt and Road“ Initiative – zur Weltspitze auf der „neuen Seidenstraße“	736
IV.4.1 Chinas Investitionsoffensive	736
IV.4.2 Die „neue Seidenstraße“ – der transkontinentale Wirtschaftsgürtel	736
IV.4.3 Die „maritime Seidenstraße“	738
IV.4.4 Chinesen – Afrikas neue Kolonialherren	739
IV.4.5 Die „Asiatische Infrastruktur-Investment-Bank“ – Chinas „Weltbank“	741
IV.4.6 Staatliche und private Konzerne – Chinas moderne „Handelskompanien“	742
IV.4.7 Schuldenfallen – die verminte Seidenstraße	743
IV.4.8 Kritik auf dem zweiten Seidenstraßen-Gipfel 2019 in Peking – „Neokolonialismus“	744
IV.4.9 Indien – Chinas Rivale in Südasien	745
IV.4.10 Konkurrierende Infrastruktur-Initiativen der Europäischen Union	746

Kapitel IV.5	
Die „digitale Seidenstraße“ – Chinas Trasse für Ideologie-Transfer	748
IV.5.1 Kontrolle der Kommunikationsinfrastruktur.....	748
IV.5.2 „Cyber-Souveränität“ – Chinas normative Herausforderung	749
IV.5.3 Mediale Expansion – die „Vermarktung“ Chinas.....	751
Kapitel IV.6	
Chinas Interessen in der Ukraine	753
IV.6.1 Die Ukraine – Partner der chinesischen „B+R“ Initiative	753
IV.6.2 Der „Komplexe Aktionsplan“ der Europäischen Union für die Ukraine.	757
IV.6.3 Die Annexion der Krim – Chinas diplomatische Zurückhaltung.....	757
Kapitel IV.7	
Neuer Sino-Zentrismus: Das „Reich der Mitte“ im Zentrum der zukünftigen Welt-Ordnung	759
IV.7.1 Xi Jinping – Chinas neuer „Großer Steuermann“	759
IV.7.2 Der ideologische Überbau: ein seidener „Nationaler Sozialismus“ unter Hammer und Sichel	761
IV.7.3 Chinas wohlwollende Weltherrschaft.....	767
IV.7.4 „Putinismus“ – ein äquivalentes russisches Exportgut?.....	769
IV.7.5 Die Verteidigung der liberal-demokratischen Ordnung – zur Mission der Europäischen Union.....	773
Kapitel IV.8	
Die „Gelbe Gefahr“ – des Westens neue Angst vor China	775
IV.8.1 The „Yellow Peril“ – die chinesische „Unterwanderung“ der USA	775
IV.8.2 Chinas Europa-Politik.....	778
IV.8.3 Das XXI. Gipfeltreffen Europäische Union – China 2019	782
IV.8.4 Die EU und China – Strategische Perspektiven („Strategic Outlook“)	785
IV.8.5 Deutscher „Investitionsprotektionismus“? Die „Lex China“	786
Kapitel IV.9	
Der neue Ost-West-Konflikt – die Schuldfrage	790
IV.9.1 Entspannung nach dem Kalten Krieg.....	790
IV.9.2 Die Arroganz des „Siegere“ im Kalten Krieg.....	792
IV.9.3 „Militärische Umzingelung“ – Russlands Selbst-Viktimisierung	794
IV.9.4 Trump und Putin in Helsinki – der „nützliche Idiot“ und der gewiefte „KGBist“.....	795
IV.9.5 Die Krim – Trumps „bargaining chip“ in einem „Deal“ mit Putin?	798

Kapitel IV.10

Moskaus abgewiesene pan-europäische Initiativen – Europas Mitschuld durch Unterlassung 800

IV.10.1 Ein Freihandelsraum „von Lissabon bis Wladiwostok“ – die „Putin-Initiative“ 800

IV.10.2 Eine pan-europäische Sicherheits- und Verteidigungsarchitektur „vom Atlantik bis zum Pazifik“ – die „Medwedew-Initiative“ 801

Kapitel IV.11

Russlands Abkehr von Europa – emotionale Reaktion oder kalkulierte Kurskorrektur?..... 807

IV.11.1 Russland: „Nicht-Europa“, das „andere Europa“ oder das „echte Europa“ 807

Kapitel IV.12

Die „strategische Partnerschaft“ mit China – russische Illusionen 811

IV.12.1 Russlands „Wende nach Osten“ 811

IV.12.2 Sergej Karaganovs „Groß-Eurasien – ein „russischer Traum“?..... 813

IV.12.3 Das „russisch-chinesische Tandem“ 816

IV.12.4 Die chinesische „Kolonisierung“ Sibiriens – Bedrohung Russlands auf eigenem Territorium..... 819

IV.12.5 Die Prinzipien einer „friedlichen“ Außenpolitik Chinas 820

Kapitel IV.13

Eine „Anti-Chinesische Mauer“ – eine gemeinsame Abwehrfront „des Westens“ und „des Ostens“? 822

IV.13.1 Die Vereinigten Staaten und die Europäische Union – Rückkehr zum „Status quo anteTrump“? 822

IV.13.2 Die USA und Russland – zukünftige „Interessen-Konvergenz“ (Henry Kissinger)? 823

IV.13.3 „Russland und Europa“ – Überwindung der neuen „europäischen Teilung“ .. 825

Kapitel IV.14

Ein „Größeres Europa“ statt eines „Größeren Eurasiens“ – Wiederannäherung durch die Ökonomisierung der Beziehungen 828

IV.14.1 Russische Charme-Offensive – Wiederannäherung Russlands an die Europäische Union 828

IV.14.2 Deutsch – Russische Sonderbeziehungen? Das Doppelspiel..... 830

IV.14.3 „Alles außer Institutionen“ (J.M. Barroso) – Vertragliche Beziehungen statt institutioneller Konstruktionen..... 833

IV.14.4 Freihandel zwischen der Europäischen Union und der Eurasischen Wirtschaftsunion – eine realistische Perspektive? 834

IV.14.5 Der französische Präsident Macron und die Neugestaltung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland 839

Kapitel IV.15

Der „Ukraine-Konflikt“ – ein unüberwindbares Hindernis für eine „Normalisierung“ der Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union? 845

IV.15.1 Der „Ukraine-Konflikt“ – Russlands Anspruch auf Integration der Ukraine in seine Einflussosphäre..... 845

IV.15.2 Russlands Zermübungskrieg im ukrainischen Donbass – kein Ende in Sicht..... 847

IV.15.3 Der „Ukraine-Konflikt“ – Moskaus Interesse an seiner Fortdauer 849

IV.15.4 Nach den Wahlen des Jahres 2019 in der Ukraine – „im Osten nichts Neues“. 850

Kapitel IV.16

„Strategische Geduld“ (McFaul) – eine Option ohne Alternative?..... 854

IV.16.1 Alternative Konzepte einer „Lösung“ des Ukraine-Konflikts..... 854

IV.16.2 Neubeginn „nach Putin“? Erwägungen ohne schlüssige Folgerungen..... 859

IV.16.3 Der „chinesische Faktor“ – Lösung des Ost-West Konflikts durch Bedeutungsverlust? 866

Quellen 867

Literatur 869

Autoreninformation 881

Teil I:

Der „russische Frühling“ in „Neurussland“

Kapitel I.1

Gegenwind aus „Südost“¹

I.1.1 Der „Anti-Majdan“ in der „Provinz“ – Protest gegen den Machtwechsel in Kiew

Das aufständische „Volk des Majdan“ (ukr.: „narod Majdanu“) repräsentierte nicht die ganze Bevölkerung der Ukraine. Ein großer Teil der Menschen im Osten und Süden des Landes hielt die in Kiew durch den Sieg des „Majdan“ an die Macht gekommene Regierung nicht für legitim; noch weniger teilte sie das auf dem „Majdan“ erwachte – bzw. gestärkte – ukrainische Nationalgefühl. In der Mitte, im Westen und im Norden der Ukraine hatte die „neue Macht“ die Unterstützung der Bevölkerung, wogegen im Osten und Süden Protest-Demonstrationen gegen den Machtwechsel in Kiew begannen. In den großen Städten des „Jugo-Vostok“ („Süd-Osten“) des Landes, wo es während des „Majdan“ ruhig geblieben war, kam es zu „spontanen“² Protest-Demonstrationen gegen die „neue Macht“ in Kiew.

Das „Kiewer Internationale Institut für Soziologie“³ führte im Auftrag der Wochenzeitung „Dzerkalo tyžnja/„Zerkalo nedeli“ vom 10. bis 15. April 2014 eine Meinungsumfrage⁴ in 8 Oblasten des Südens und Ostens durch, und zwar in den südlichen Oblasten Odessa, Mykolaïv, Cherson und in den östlichen Oblasten Charkow, Dnipro (petrovs'k)⁵, Zaporizžja, Donezk und Luhans'k.⁶ Nur 42 % der Respondenten hielten das Parlament für legitim – obwohl es dasselbe war, das 2012 gewählt worden war und sich durch den Machtwechsel an seiner personellen Zusammensetzung nichts geändert hatte.

Der für eine Übergangszeit amtierende Präsident Oleksandr Turčynov und der ebenfalls ad interim regierende Premierminister Arsenij Jacenjuk waren in den Augen der Hälfte der befragten Bewohner dieser acht Oblaste illegitim.⁷ In den beiden Oblasten des Donbass, Donezk und Luhans'k, der Hochburg des aus seinem Amt „entfernten“ Präsidenten Janu-

1 Die russische Benennung des Südens und des Ostens der Ukraine als „Jugo-vostok“ (ukr.: „Pivdenno-schidna Ukraïna“) ist nicht nur eine geographische Bestimmung, sondern impliziert wegen des hohen Anteils der eher „pro-russisch“ als „ukrainisch-patriotisch“ eingestellten und mehrheitlich russischsprachigen Bevölkerung eine auch politisch „andere“ Ukraine. Ukr.: Pivdenno-schidna Ukraïna, eine Makroregion, welche die Oblaste Charkiv, Dnipro (bis 2016 Dnipropetrovs'k), Donec'k, Luhans'k, Zaporizžja, Mykolaïv, Cherson, Odesa (russ. Odessa) – und die von Russland annektierte Autonome Republik Krim und die Stadt Sewastopol umfasst.

2 Der sogenannte „Anti-Majdan“, der in Kiew neben dem Gebäude der Verchovna Rada von der „Partei der Regionen“ organisiert worden war, war „künstlich“; die – bezahlten – Teilnehmer waren aus Oblasten des Ostens in die Hauptstadt gebracht worden.

3 Ukr.: Kyïvs'kyj Mižnarodnyj Instytut Sociologïi, russ.: Kievskij meždunarodnyj institut sociologii.

4 1476 Telefon-Interviews, 1756 persönliche Interviews, in 160 Orten in 8 Oblasten des Südens und Ostens.

5 Im Jahre 2016 umbenannt in „Dnipro“.

6 <<https://golos.ua/i/219987>>.

7 Ebda.

Teil I: Der „russische Frühling“ in „Neurussland“

kowytsch, hielten 70% die beiden für illegitim. Die von russischen Fernsehsendern, die im Osten und Süden der Ukraine das dominante Medium waren, ausgestrahlte negative Darstellung der Ereignisse in Kiew verstärkte in diesen Landesteilen die ohnehin herrschende „Anti-Majdan“-Stimmung.

Das unter ethnischen Russen – und russischsprachigen ethnischen Ukrainern – in den östlichen und südlichen Oblasten der Ukraine bestehende Ressentiment gegen die Hauptstadt Kiew bedeutete nicht, dass sie mehrheitlich den „Anschluss“ an Russland wollten. Separatistische Gefühle hegte selbst im Donbass laut Umfragen nur ein Drittel der dortigen Bevölkerung. Dies erklärt, warum Putins Sezessionsprojekt „Novorossija“ – „Neurussland“ – letztlich gescheitert ist.

Mit Ausnahme des Donbass ließen sich der Osten und der Süden der Ukraine nicht auf Putins separatistisches Abenteuer ein. Und auch im Donbass konnten – und können – sich die Separatisten militärisch nur auf einem Drittel der beiden Oblaste Donezk und Luhans'k halten, allerdings auch nur deshalb, weil ihre Verluste an Waffen und Kämpfern durch laufenden Nachschub aus Russland ausgeglichen wurden – und werden. Putin hat sich verkalkuliert: „Neurussland“ ist ihm nicht – wie die Krim – in den Schoß gefallen. Er hat nicht vorhergesehen, dass er mit seiner militärischen Unterstützung des Separatismus einen wehrhaften ukrainischen Patriotismus entfachen würde.

Im „Majdan“ manifestierte sich nicht ein Konflikt zwischen Landesteilen („Regionen“) der Ukraine, sondern der Widerstand eines großen Teils – des größeren Teils? – des Volkes gegen das kleptokratische Regime des – aus dem Donbass stammenden – Präsidenten Janukowytsch. Politiker seiner „Partei der Regionen“ schürten die latent vorhandenen separatistischen Neigungen, (alte) anti-Hauptstadt-Affekte, sowie die in der Sowjetzeit propagierten Ressentiments gegen die Bevölkerung der West-Ukraine, die im Vollzug des Hitler-Stalin-Paktes der Sowjetunion einverleibt worden war – und die mit überwältigender Mehrheit den Aufstand gegen das Regime des Präsidenten Janukowytsch unterstützte.

In der süd-ukrainischen Oblast-Hauptstadt Cherson nahmen am 7. Dezember 2013 der Gouverneur der Oblast Cherson, sowie der Bürgermeister der Oblast-Hauptstadt Cherson und Abgeordnete des Oblast-Rates und kommunaler Räte an einer dortigen „Anti-Majdan“ Veranstaltung teil. In der Hafenstadt Odessa am Schwarzen Meer demonstrierten Bürger mit einem „Marsch für die Föderalisierung der Ukraine“ und für den „Beitritt der Ukraine zur (tripartiten) Zollunion“ („Tamožennyj Sojuz“/„TS“ der drei Staaten Russländische Föderation, Kasachstan und Belarus⁸). Auch in der Hafenstadt Sewastopol auf der Krim wurde am 13. Dezember 2013 für den Beitritt der Ukraine zur „TS“ demonstriert. In der ostukrainischen Oblast-Hauptstadt Donezk (im Donbass) gab es Solidaritätskundgebungen für den „Majdan“ in Kiew, doch behielt der „Anti-Majdan“ dort die Oberhand.

8 Zollunion der Eurasischen Wirtschaftsunion (Tamožennyj sojuz Evrazijskogo ekonomičeskogo sojuza).

Am 17. Februar 2014 veröffentlichte die (wöchentlich in ukrainischer Sprache erscheinende) Zeitschrift „Tyžden“ („Die Woche“) das Ergebnis journalistischer Recherchen, wonach ein Teil der „Anti-Majdan-Organisationen“ fiktiv war, d. h., in der Realität gar nicht existierte.⁹ Am 1. Februar hatte sich ein fiktiver „Roter Sektor“ (russ.: „Krasnyj sektor“) zu einem Brandanschlag auf das Fahrzeug eines Aktivisten des „Majdan“ bekannt.¹⁰ Eine andere virtuelle „Organisation gegen Faschisten“ propagierte auf einer Facebook-Seite die Losung „Gegen Gewalt – nur Gewalt!“ (russ.: „protiv cily – tol’ko cila“), verschwand danach aber wieder aus dem Netz. Als Gründer war ein gewisser Nikolaj Omel’čenko aufgetreten. Eine weitere Phantom-Organisation bekannte sich am 16. Februar 2013 auf YouTube unter dem Namen „Gespenster von Sewastopol“ (russ.: „Prizraki Sevastopolja“) zu dem Mord an einem Aktivisten des „Auto-Majdan“ am 13. Februar 2014 in der südukrainischen Stadt Zaporizžja.¹¹ In Odesa wurde eine weitere virtuelle „gesellschaftliche Plattform“ („Hromads’ka platforma“)¹² mit dem Namen „HroMajdan“ gegründet, wie ihr Koordinator Serhij Dubenko auf einer Pressekonferenz am 15. Januar verkündete.¹³

Unter dem Namen „Gesellschaftliche Plattform ‚Majdan‘“ („Graždanskaja platforma/GP ‚Majdan‘“) wurde im Januar 2014 ein Pseudo- oder Klon-Majdan gegründet, der durch seine massive Medien-Präsenz auffiel. Laut dem Institut für Massenmedien (Institut Masovoï Informacii/IMI) gingen 11 % der Kosten für verdeckte politische Reklame auf das Konto dieser Plattform, die als „echter“ Majdan posierte, falsche Botschaften, die angeblich vom „Majdan“ stammten, aussandte und sich als Plattform für Ideen zur Lösung der Krise präsentierte.¹⁴ Die Herkunft der Mittel für diese starke „Medien-Präsenz“ war unbekannt. Dahinter wurde der Vorsitzende der prorussischen Pseudo-Bewegung „Ukrainische Wahl“ („Ukrainskij vybor“), Viktor Medvedčuk vermutet. Die „GP Majdan“ tauchte zu der Zeit auf, als Andriy Kljujev Chef der Administration des Präsidenten wurde. Der Verdacht lag nahe, dass es sich um ein Projekt der Präsidialadministration zur Diskreditierung des „Majdan“ handelte. Dieser Pseudo-Majdan propagierte einen „Majdan ohne Politiker“ (gemeint war: ohne Oppositionspolitiker); der Auftrag war offenkundig: Spaltung des „Majdan“.

9 <<http://tyzhden.ua/News/102073>>; Ukrainskaja pravda (russ. Ausgabe), 17.02.2014; <<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2014/02/17/7014106/>>.

10 Ukrainskaja Pravda (russ. Ausgabe), 01.02.2014; <<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2014/02/1/7012329/>>.

11 Ukrainskaja Pravda (russ. Ausgabe), 16.02.2014; <<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2014/02/16/7014042/>>.

12 „HroMajdan“ – Hromads’kyj Majdan (russ.: „GroMajdan“).

13 Nachrichtenagentur „Unian“: <<https://www.unian.net/politics/872726-v-odesse-sozdana-obschestvennaya-platforma-gromaydan.html>>. <<https://www.unian.ua/politics/872727-u-odesi-stvorena-gromadska-platforma-gromaydan.html>>.

14 Jelena Holub’, Roman Kabačyj: „GroMajdan“ protiv Majdana, in: Ukrainskaja Pravda (russ. Ausgabe), 17.02.2014; <http://www.pravda.com.ua/rus/articles/2014/02/17/7014100/view_print/>; ukr.: „Hro Majdan“, Abkürzung von „Hro-mads’ka platforma“.

I.1.2 Der „Charkower Kongress“ der „Partei der Regionen“

Putsch-Versuch in Charkow?

Am 22. Februar 2014, an dem Tag, als Präsident Janukowytsch aus Kiew floh, fand unter dem Vorsitz des Chefs der staatlichen Oblast-Verwaltung von Charkow, Michajlo Dobkin – und unter dem Schutz des „Berkut“ – im Sportpalast von Charkow, der zweitgrößten Stadt der Ukraine, ein Kongress der Abgeordneten der „Partei der Regionen“ aus den Oblast-Räten und aus den kommunalen Räten der östlichen und südlichen Oblaste¹⁵ sowie ihrer Abgeordneten im „Obersten Rat“ („Sowjet“) der Autonomen Republik Krim und im Stadtrat der Hafenstadt Sewastopol (die, wie Kiew, einen Sonderstatus hat) statt. Wortführer des Kongresses war – neben Dobkin – der Abgeordnete der Werchowna Rada und Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion der „Partei der Regionen“, Vadym Kolesničenko.¹⁶ Nach Aussage der Organisatoren nahmen an der Sitzung über 3 000 Personen teil, darunter eine russische Delegation, der u. a. angehörten: Aleksej Puškov, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Gosudarstvennaja Duma (des Parlaments der Russländischen Föderation); der Senator der Oblast Pskov, Michail Margelov; der Gouverneur der Oblast Belgorod, Vasilij Golubev; der Gouverneur der Oblast Voronež, Aleksandr Gordeev; der Gouverneur der Oblast Brjansk, Nikolaj Denin und der Generalkonsul der Russländischen Föderation in Charkow, Serhej Semenov.

Der flüchtige Präsident Janukowytsch hatte verlauten lassen, dass er mit dem Ziel der Teilnahme an diesem Kongress nach Charkow fliegen wolle; aus unbekanntem Gründen war er jedoch nach seiner Landung in Charkow nicht auf dem Kongress erschienen, sondern in seine „Hochburg“ Donezk weitergefliegen.

In der von diesem Kongress verabschiedeten Resolution hieß es: „Wir, die Organe der lokalen Selbstverwaltung aller Ebenen ..., der Oberste Rat („Verchovnyj Sovet“) der Autonomen Republik Krim und der Gemeinderat der Stadt Sewastopol haben beschlossen, „bis zur Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung in Kiew die Verantwortung für die Sicherstellung normaler Bedingungen für die Arbeit der Volksdeputierten (der Werchowna Rada) – ohne Erpressung und Bedrohung gegen sie und ihre Familien – die Einhaltung der Gesetze und die Beachtung der Menschenrechte auf dem *ganzen* (kursiv der Autor) Territorium der Ukraine zu übernehmen.“¹⁷ Die Resolution sei offen für alle Organe der Selbstverwaltung (Oblast- und kommunale Räte) auch in anderen Oblasten, die sich ihr anschließen wollten, und für „Änderungen und Ergänzungen entsprechend der politischen Lage“. Das russische Medien-Unternehmen RBK („RosBiznesKonsalting“) meldete den Beschluss des Kongresses: „Bis zur Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung in der Ukraine und bis zur

15 Mit Ausnahme der beiden Oblaste Odessa und Mykolaiv.

16 Kolesničenko war bekannt für seine ostentative Verachtung der ukrainischen Sprache. Er floh nach dem Machtwechsel nach Russland, wo er die russische Staatsbürgerschaft annahm.

17 Ukrainskaja pravda (russ. Ausgabe), 22.02.2014; <<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2014/02/22/7015713/>>.

Legitimierung der zentralen Organe der Macht übernehmen die Organe der örtlichen Selbstverwaltung alle Macht.¹⁸

Als der Abgeordnete der „Partei der Regionen“ in der Werchowna Rada, Vadim Kolesničenko, die Parole ausgab: „Für die Freundschaft mit Russland!“ skandierten die Teilnehmer: „Russland! Russland!“ („Rossija! Rossija!“). Doch von offenem Separatismus nahmen die Delegierten Abstand: Dieser Beschluss gelte „zur Sicherung der verfassungsmäßigen Ordnung in Kiew“ hieß es explizit. Die territoriale Integrität der Ukraine sei bedroht, erklärten Teilnehmer der Tagung, deren separatistische Neigungen bekannt waren. Zwar erklärten die Delegierten ihre Regionen nicht für unabhängig von Kiew, aber sie verweigerten der neuen Macht in Kiew die Anerkennung. Zuvor hatten die Organisatoren erklärt, dass angesichts der Anarchie in Kiew die Stadt Charkow bereit sei, Hauptstadt der Ukraine zu werden, ein Status, den Charkow zeitweilig in der Sowjetunion innehatte (1918–1934).¹⁹

Nach Meinung der Autoren der Resolution hätten „die Ereignisse der letzten Tage in Kiew zur Lähmung der zentralen Machtorgane und zur Destabilisierung der Lage im Staate“ geführt. Dem war in Wirklichkeit nicht so; im Gegenteil, die neuen Machthaber in Kiew hatten das nach dem Sieg des „Majdan“ und durch die Flucht des Präsidenten Janukowytsch entstandene „Interregnum“ erstaunlich schnell überwunden. Redner der „Partei der Regionen“ erklärten, dass die (bisherige) Opposition die Bedingungen des Abkommens über die Regulierung der Krise vom 21. Februar 2014 nicht erfüllt hätte. Ferner hätten „ungesetzlich bewaffnete Formierungen“ ihre Waffen nicht niedergelegt; sie hielten weiterhin Gebäude der zentralen staatlichen Verwaltung besetzt (was stimmte), töteten friedliche Menschen und Angehörige der Sicherheitsorgane (was gelogen war). „Die Werchowna Rada arbeitet unter Bedingungen des Terrors, unter Androhung von Waffengewalt und unter Todesdrohungen“, versicherten die Autoren der Resolution (was ebenfalls nicht der Wahrheit entsprach). Die Entscheidungen des ukrainischen Parlaments, die unter diesen Bedingungen gefasst worden seien, würden Zweifel an ihrer Freiwilligkeit, Legitimität und Rechtmäßigkeit hervorrufen.

Oleh' Car'ov (russ.: Oleg Carëv), Stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der „Partei der Regionen“ in der Werchowna Rada, erklärte auf dem Kongress, in der Ukraine sei eine „bewaffnete Machtergreifung“ im Gange – und zwar unter Beteiligung fremder Staaten. In Kiew stünden 20 000 Mann unter Waffen, und diejenigen, die die Macht ergriffen hätten, wollten diese Leute „über Kiew hinaus“ einsetzen.²⁰ Der Bürgermeister der Stadt Charkow, Hennadij

18 RBK, 22.02.2013; <<https://www.rbc.ua/rus/news/do-vosstanovleniya-poryadka-v-ukraine-vsyu-vlast-berut-organy-22022014134500>>.

19 Wegen der anti-sowjetischen Stimmung in Kiew machten die Bolschewiken Charkiv zur Hauptstadt der „USRR“, „Ukraïns'ka Socialistyčna Radjans'ka Respublika“, ab 1937 URSS, „Ukraïns'ka Radjans'ka Socialistyčna Respublika“.

20 <<https://www.rbc.ua/rus/news/v-ukraine-proizoshel-vooruzhennyi-zahvat-vlasti---nardep-22022014131700>>. Der nach Russland geflohene Car'ov wird von der ukrainischen Generalstaatsanwaltschaft des Landesverrats (ukr.: „deržavna zrada“, russ.: „gosudarstvennaja izmena“) beschuldigt und wurde zur Fahndung ausgeschrieben.

Teil I: Der „russische Frühling“ in „Neurussland“

Kernes, rief dazu auf, die Reihen der „Partei der Regionen“ von Überläufern zu säubern.²¹ (Er meinte die Abgeordneten der „PdR“, die zusammen mit den bisherigen Oppositionsfraktionen für die Gesetze gestimmt hatten, mit denen das Parlament den Machtwechsel legalisiert hatte.)

Die verkappten Separatisten wandten sich an die Signaturstaaten des „Budapester Memorandums“, die „ihre Verpflichtung, die territoriale Integrität und die Sicherheit der Ukraine zu garantieren, nicht erfüllt“ hätten; die territoriale Integrität und Sicherheit der Ukraine seien in Gefahr: Die 5 Atomkraftwerke des Landes würden von Seiten der Extremisten bedroht, behaupteten – genauer gesagt, logen – sie.

Vor dem Sportpalast fanden zur gleichen Zeit zwei Demonstrationen statt, eine den Kongress unterstützende Demonstration der „Jungen Regionen“ („Molodye regiony“), der Jugendorganisation der „Partei der Regionen“, und eine gegnerische Demonstration von Anhängern des „Majdan“. Einheiten der Miliz (Polizei) trennten die beiden Lager. Der Führer des Kampfsportvereins „Oplot“, Evgenyj Žylyn, forderte die Delegierten des Kongresses auf, die Aktivisten des „Anti-Majdan“ zu bewaffnen.²² Am Abend stürmten Aktivisten des „Majdan“ das Gebäude der Oblast-Verwaltung in Charkow – ohne es einnehmen zu können.

Der staatliche russische Propaganda-Sender „Rossija 24“ übertrug den „Charkower Kongress“ live – und blendete Aufnahmen von den Straßenkämpfen am 18. und 20. Februar in Kiew ein, die allerdings nur eine Seite zeigten, nämlich wie militante Aktivisten des „Majdan“ mit Knüppeln auf die Schilde der Sicherheitskräfte des Regimes einschlugen.

Sofort nach dem Ende des „konterrevolutionären“ Kongresses fuhr das Tandem „Dopa i Gepa“, Michail Dobkin und Gennadij Kernes, der Gouverneur der Charkower Oblast und der Bürgermeister der Oblast-Hauptstadt Charkow, auf dem Landweg nach Russland, wie der kommissarisch amtierende Innenminister Arsen Avakov auf Facebook meldete und wie vom Grenzdienst bestätigt wurde.

Bereits zehn Jahre zuvor, während der „Orangen Revolution“ im Jahre 2004, hatten Teile der „Partei der Regionen“ auf dem sogenannten „Severodonec’ker Kongress“ versucht, den Osten der Ukraine abzuspalten, weil ihrem „regionalen“ Kandidat Viktor Janukowytsh durch die Orangene Revolution die Präsidentschaft angeblich „gestohlen“ worden war.

21 <<https://www.rbc.ua/rus/news/kernes-prizval-k-ochishcheniyu-ryadov-pr-ot-perebezhchikov-22022014125700>>.

22 <<https://www.rbc.ua/rus/news/lider-oplota-poprosil-deputatov-harkovskogo-sezda-vooruzhit-22022014133200>>.

Die „Ukrainische Front“

Am 1. Februar 2014, am Vorabend des regionalen Konvents der „Partei der Regionen“ in Charkow,²³ wurde die „Allukrainische gesellschaftliche Union ‚Ukrainische Front‘“ (russ.: „Ukrainskij front“) gesellschaftlicher Vereinigungen, politischer Parteien und einzelner Bürger²⁴ gegründet – unter historischer Anspielung auf die „1. Ukrainische Front“ der Roten Armee, die an der Rückeroberung der östlichen Ukraine beteiligt war („Schlacht am Dnepr“) – mit dem erklärten Ziel der „Säuberung der Ukraine von Okkupanten“.²⁵

Der Gründungsbeschluss wurde einstimmig gefasst, wie der Vorstandsvorsitzende des „Bundes der Afghanistan-Veteranen“ („Sojuz veteranov Afganistana“), Volodymyr Ryzkov, bekannt gab. Zu den Initiatoren dieser Versammlung und der Gründung der „Ukrainischen Front“ gehörte der Vorsitzende der Staatlichen Oblast-Verwaltung der Oblast Charkow (2010–2014), Mychajlo Dobkin.²⁶ An der Veranstaltung nahmen auch Vertreter pseudozivilgesellschaftlicher Organisationen teil sowie der Ukrainischen orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats („Ukrainskaja pravoslavnaja cerkov' Moskovskogo patriarchate“), die ihre Gläubigen bereits seit Jahren auf Janukowytsch einschwor. Die „Partei der Regionen“ simulierte eine Bürgerbewegung, um dem Odium entgegenwirken, dass die Unterstützer des Regimes Janukowytsch nur bezahlte Demonstranten und gedungene Schläger („Titušky“) seien.

Wie der Vorsitzende der Charkower Staatlichen Oblast-Administration (und Spiritus Rector des Kongresses), Michajlo Dobkin, erklärte, sei der Name „Ukrainische Front“ besonders symbolisch – wie auch das Abzeichen der „Front“, das „Georgsband“ („Georgievskaja lenta“), das in der Ukraine eine pro-russische, separatistische Konnotation hat. „Unsere Front beginnt, die ukrainische Erde von denjenigen zu säubern, die hierhergekommen sind, um (unser Land) zu besetzen“ – nämlich von den „aufwieglerischen Nationalisten, die vom Berg Hoverla²⁷ herabgestiegen“ sind, und die sich für den einzigen ukrainischen „Demos“ halten, und die ihre „nationale Idee“ im Namen des ganzen ukrainischen Volkes proklamieren. Dobkin nannte das, was im Lande vor sich gehe, eine „schlechtes Theaterstück“, das „nicht in der Ukraine geschrieben worden“ sei. „Unsere Geduld ist nicht unendlich. Wenn wir erkennen (müssen), dass friedliche Methoden zur Wiederherstellung der Ordnung in unserem Land erschöpft sind, werden wir dies auf andere Weise machen“ drohte Dobkin.

23 Nach Angaben der Organisatoren nahmen rund 6000 Personen an der Versammlung teil, Delegierte von 20 Oblast-Organisationen der Partei der Regionen, Vertreter der Kommunistischen Partei und von rund 50 gesellschaftlichen Vereinigungen.

24 <<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2014/02/1/7012328/>>.

25 Als interne „Okkupation“ wurde vom „Majdan“ das Regime des Präsidenten Janukowytsch angeprangert. In klassisch sowjetischer Manier übernahmen der „Anti-Majdan“ die Terminologie des „Majdan“ und füllte sie mit entgegengesetzten Inhalten.

26 In den vorgezogenen Wahlen am 25. Mai 2014 kandidierte er für das Amt des Präsidenten.

27 Die in den Karpaten gelegene „Hoverla“ ist mit 2061 Metern der höchste Berg der Ukraine, der am Tag der Unabhängigkeit (am 24. August) für patriotische Politiker zu einem nationalen Wallfahrtsziel wird.

In Charkow trat der Kampfsportverein „Oplot“ (Bollwerk, Festung) als „bürgerschaftliche Vereinigung“ der „Ukrainischen Front“ bei. Am 17. Januar 2014 hatten Mitglieder des Charkower „Oplot“ mit ihren Fahrzeugen, die sie mit dem „Georgsband“ geschmückt hatten, auf dem Europäischen Platz in Kiew den „Avto-Majdan“ blockiert.²⁸ Der Anführer, Jevhenij Žylyn gab nach dieser „Aktion“ zusammen mit dem Vertreter einer angeblichen „Gesellschaftlichen Organisation ‚Für Ordnung‘“ („Za porjadok“), Viktor Andrjejev, eine Pressekonferenz. Beide Gruppen vereinigten sich später zum „Anti-Automajdan“ („Anti-Avto-Majdan“). Der Ataman der „Großheeres“ der Don Kosaken, Igor' Černoivanov, versprach der „Ukrainischen Front“ die Unterstützung seiner (angeblich) 10 000 Mann. Auch die „Nachtwölfe“ („Nočnye Volki“), ein russischer nationalistischer Motorrad- („Biker“-) Club, mit dem der russische Präsident Putin gern in Lederjacke posiert, trat der „Ukrainischen Front“ bei.

28 Ukrainkaja pravda (russ. Ausgabe), 17.01.2014; <<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2014/01/17/7009851/>>.